

Leibetder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Leibetder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg. Veramtlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg. auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 246.

Freitag, den 19. Oktober 1917.

24. Jahrg.

Sozialdemokratischer Parteitag.

C. B. Würzburg, 18. Oktober.

Vierter Verhandlungstag.

Den Vorsitz führt Auer. Den Bericht der Beschwerdeforschungsmitteln erstattet Blume-Hamburg. Die Anträge der Kommission, die sich auf 14 einzelne Fälle beziehen, werden vom Parteitag genehmigt. Von allgemeinerem Interesse ist nur der Fall Hauelsen-Neuföhn, eines Angestellten des Buchbinder-Vereins, der wegen Nichtablieferung der Mitarbeiterbeiträge aus der Partei ausgeschlossen ist. Auf Antrag der Kommission hebt der Parteitag den Beschluss auf, weil das Verhalten Hauelsen zwar ein schlechtes Beispiel von Disziplinwidrigkeit gegeben hat, jedoch auch andere Parteimitglieder die Beiträge nicht abgeliefert haben und der Ablehnungsbeschluss inwieweit aufgehoben ist. Julian Vorhardt hat seine Berufung gegen das Berliner Schiedsgericht mit der Begründung zurückgezogen, daß die jetzige Partei nicht mehr die alte sei und er ihr nicht das Recht zuerkenne, über ihn zu urteilen. Der Parteitag nimmt das mit Befriedigung zur Kenntnis und geht zur Tagesordnung über.

Die nächsten Aufgaben der Partei.

Die Teilberichte von Landsberg über Demokratisierung, Kell über Steuerfragen, Cunow über Wirtschaftspolitik und Wiesel über Sozialpolitik, sind bereits in der Parteipresse veröffentlicht worden. Das Hauptreferat erstattet

Scheidemann: In dem Augenblick, in dem sich das alte gewohnte Bild des Parteitagsgeschehens wieder entfaltete, drang die fürchterliche Größe dessen, was wir seither erlebt haben, erneut mit betäubender Macht auf uns ein. Ein Parteitag findet wieder statt. Wir stehen nun drei Jahre und drei Monate in dem ungeheuersten aller Kriege und sehen auch heute nur erst unbedeutlich das Ende in dümmender Ferne vor uns. Mannkraft und Wirtschaftsgut aller Völker sind zum großen Teil vernichtet worden, und kein Redner mehr wagt zu sagen, wieviel am Ende des Krieges noch übrig bleibt. Obenomenig vermögen wir uns heute ein Bild von dem politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnis der Staaten untereinander zu machen, solange draußen noch um die Entscheidung gekämpft wird. Ebenso stehen wir in unseren eigenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in einem Strom der Entwicklung, von dem wir nur wissen, daß er rasend ist, aber nicht sagen können, wo er mündet. Klar in dieser Fülle der Unklarheiten ist nur eines: **Wir müssen für die Menschheit ein verzweifelt schlechtes Ende nehmen, wenn sie sich von den Ereignissen treiben ließe und auf jeden Versuch verzichtete, diesem geschichtlichen Geschehen die Gesehe ihrer Vernunft und ihres Willens aufzuzeigen.** Nur die alten abgelebten, hoffnungslos vom Schicksal zermürdeten Sehnen sind an den Wegrand, um das Ende abzuwarten. Wir aber wollen leben und haben zu tun auch den Mut und die Kraft. (Beifall.)
Wir als Sozialisten haben Pflichten zu erfüllen gegenüber unserer großen Familie, der deutschen Volkfamilie, und gegenüber der noch größeren Menschheitsfamilie, die sich im Bruderkampf zerstreut hat. Wir haben nicht das Recht, auch nur für einen Tag stumm oder zaghaft zu werden. Und wie die tapferen Ostpreußen und die tapferen Belgier und Franzosen des Kriegsgebietes, die in den Kellern ihrer zerfallenen Wohnstätten fest blieben und bleiben in dem Glauben an eine bessere Zukunft, so müssen auch wir, denen der Krieg alles zertümmert hat, an den Morgen denken, der dieser Nacht des Völkerzorns folgen wird, an den Tag des Wiederaufbaues und der Völkerveröhnung. **Gewaltige Aufgaben erwarten uns.** Wir werden uns vielleicht manchmal zurücknehmen in die Zeit, wo wir verfolgt und unterdrückt waren, denn damals waren wir ja jeder Verantwortung frei und stets lebhaften Beifalls sicher, wenn wir das Spiel der Herren im Odeonschor und Ministerspaß schonungslos kritisierten. Unsere Kritik war auch berechtigt, nützlich und fruchtbar, aber Zeit und Verhältnisse haben sich geändert. Es ist unübersehbar, daß wir nicht auch selbst uns damit geändert hätten, daß wir in dieser Zeit ungeheurer Veränderungen uns den Wahlspruch derer von Massow zu eigen machten: **Massow, was so, ist so, bleibe so!** (Heiterkeit.) Wir haben lange genug die wirtschaftliche Entwicklung studiert, um zu wissen, **wer nicht freiwillig mitgeht, den zieht sie an den Ohren mit.** (Heiterkeit.) Das werden die ewig Konserwativen von rechts und links noch erfahren. (Sehr gut!) In tatsächlicher Beziehung sind wir beweglicher geworden, weil die Stellung der Arbeiterklasse sich durch den Krieg erheblich verändert hat. Der Imperialismus dachte in diesem Kriege keine Schlägen mit dem Proletariat zu schlagen, und mancher Schmerzensschrei ist darüber ertönt, mit welcher Leichtigkeit der Imperialismus aus dem Proletariat seine Schlachttrophen bildete und immer wieder füllte. Und doch hat der Krieg die Klassenherrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat nicht gestürzt, im Gegenteil: die Proletarier haben überall das Bewußtsein gewonnen, daß der Staat, für den sie kämpfen, nach dem Krieg noch weniger als vorher bloß staatlicher Klassengegner sein wird. Die Arbeiterklasse ist nicht mehr eine amorphen Masse, sondern organisiert; die organisierte Arbeiterklasse kann sich aus tausend Gründen nicht gegen den Staat stellen und hat es nirgends getan. Denn die prinzipiellen Kreditverweigerer in Rußland, Serbien und Bulgarien, so hoch wir ihren Mut schätzen, sind nicht Vertreter einer organisierten Industrie-Arbeiterklasse. Aber wenn das organisierte Proletariat für den Existenzkampf des Staates stand, so dachte es doch nicht daran, lediglich imperialistische Kanonensprüche zu sein, sondern hielt überall seine besonderen Klassenideale und Klassenziele aufrecht. **Das Proletariat ist kein Mitspieler der herrschenden Klassen, sondern ein durch die Not hervorgerungener Bundesgenosse, der am Schlusse seine Rechnung präsentieren wird.** Wir stehen erst am Anfang der ungeheuren Machtverschiebung zugunsten des Proletariats, die der Krieg hervorgerufen hat, und dadurch hat die sozialdemokratische Partei die unverzichtbare Anwartschaft auf die Macht im Staate gewonnen. So oder so wird sich das parlamentarische System durchsetzen. Deutschland wird nach dem Kriege ein demokratisch-parlamentarisches Staatswesen, die Mehrheit wird auch die Regierungstellen und die Verantwortung übernehmen müssen. Die erste Reichstagswahl nach dem Kriege wird eine ganz andere Bedeutung haben, als jemals eine Wahl zuvor. Wenn nicht alles täuscht, wird sie uns eine sehr große Macht bringen. Dann werden wir nicht mehr die Annehmlichkeiten der Opposition genießen und anderen die Verantwortung überlassen können. (Sehr wahr!) Kann denn jemand in Deutschland wünschen, daß Deutschland nach dem Kriege von einem antisozialdemokratischen Block regiert wird, in dem die Konserwativen, Mittelständler und Scharfmacher die Führung hätten? (Sehr wahr!) Bei der nächsten Reichstagswahl geht es um den entscheidenden Einfluß im Staat, um die Regierung selbst. Wir müssen an jenem Tag, an dem uns das Volk dazu berufen, bereit sein, die sozialistischen Grundzüge in die Wirklichkeit zu übertragen. Und da stehen wir vor einem gewaltigen Problem, das uns schon in Friedenszeiten in unseren Träumen manchmal Alpträumen veruracht hat. Und doch, hätte uns damals ein weltpolitischer Zufall plötzlich zur Macht gebracht, so wäre es ein Kinderpiel gewesen im Vergleich zu dem, was wir jetzt leisten müssen. Damals trotzte das Land vom Reichtum einer großen kapitalistischen Prosperitätsperiode. Jetzt wird das Land der Verheißung kein gelobtes Land sein, in dem Milch und Honig fließt. Wir sind arm, entblößt, blutend aus tausend Wunden, wir haben kaum genug Brot für alle. Drei Jahre lang hat die ganze Bevölkerung wirtschaftlich unproduktiv gearbeitet. Der wachsende Berg bedruckten Papiers zeigt unsere Verarmung und Verschuldung an. Und in diesem Trümmerhaufen sollen wir die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel und ein neues System der Güterverteilung durchführen, sollen wir dafür sorgen, daß jeder ein Dach über seinem Kopfe, jeder sein Essen und seine Kleidung erhält, und dabei Langt es nicht hier und dort. Da könnte die Aufgabe selbst den Mächtigsten schrecken.

Der Sozialismus ist nach unserer Ueberzeugung etwas unendlich Großes, aber seine Macht der Idee kann die Menschheit aus der Hölle, die sie sich selbst bereitet hat, mit einem Schlag ins Paradies hinüberführen. Auch unter dem besten System werden die Wunden nur langsam heilen. Kommen wir nach dem Kriege zur Macht, müssen wir mit der Gefahr schwerer Rückschläge rechnen. Wir müssen deshalb sehr vorsichtig mit unseren Verheißungen sein und können dem Volk nicht den Himmel auf Erden versprechen. Aber mit gutem Gewissen und voller Ueberzeugung erklären wir, daß der Aufbau und die Erholung nach dem Kriege anders überhaupt nicht denkbar ist, als durch die methodische Durchbreingung der ganzen Wirtschaft mit dem sozialistischen Prinzip. Wir dürfen nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben, sondern müssen Praktiker des Sozialismus werden. (Lebh. Beifall.) Und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß der Sozialismus nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zwecke ist, um den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Deshalb müssen wir uns vor Prinzipienreiterei hüten und jede Maßregel nur darauf hin ansetzen, nicht nur, ob sie sozialistisch, sondern ob sie auch praktisch ist. Durch verkehrte Anwendung unseres Prinzips und Anwendung an einer falschen Stelle können wir nur unser Prinzip selbst schädigen. Nutzen kann es zunächst nur da, wo es der breiten Masse greifbare Vorteile bietet. Wir können nach dem Kriege nicht rein sozialistische Wirtschaften und jeden Betrieb bis zum letzten Barbierladen verstaatlichen, aber Reich, Staat und Gemeinde, Gewerkschaft und Genossenschaft, werden im Wirtschaftsleben nach dem Kriege eine ganz andere Rolle spielen als zuvor. Der Prozeß der Durchdringung wird sich nachher viel rascher vollziehen. Welche Wirtschaftszweige das Reich übernehmen muß und welche der privaten Initiative zu überlassen sind, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Das Ziel ist: **des Volkes Kraft auf die höchste Stufe der Produktivität zu heben, die vorhandenen Arbeitskräfte voll auszunutzen zum Wohle der Allgemeinheit.** Wir werden nach dem Krieg kein Schlaraffenland haben, sondern an jeder Stelle wird nicht voller Hingabe gearbeitet werden müssen. Aber wir werden auch den Grundsatß beherzigen, daß ein Volk nicht reicher, sondern ärmer wird, wenn es Raubbau treibt mit der menschlichen Arbeitskraft. (Lebh. Beifall.)
Darum nach dem Kriege erst recht Sozialpolitik und endlich ernsthafte Bevölkerungspolitik! Die Sozialpolitik muß mit der Wirtschaftspolitik so in Verbindung gebracht werden, daß sie die Produktivität nicht hindert, sondern erhöht. Darum hängen die beiden Referate von Cunow und Wiesel eng zusammen. Die individualistische Betrachtungsweise der Wirtschaft will dem einzelnen mit möglichst geringem Kraftaufwand einen möglichst großen Teil der allgemeinen Gütererzeugung sichern. Die sozialistische Auffassung will, daß jeder einen möglichst großen Anteil zur allgemeinen Gütererzeugung beiträgt, und sichert ihm dafür den Anspruch, als Kulturmenschen behandelt, entlohnt und möglichst lange erhalten zu werden. Wir beziehen deshalb den Begriff der Arbeit nicht etwa eng nur auf körperliche Arbeit. Die wertvollste Arbeit leistet, wer Arbeit sparen will. Dem Organisator der Arbeit winkt in Zukunft das größte Ziel.

Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben reicht die Kraft unserer Partei nicht aus, sie greift weit hinaus über den Rahmen unserer Parteiorganisation, die auf politischen Kampf eingeteilt ist. Sie ist eine allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, wird praktischer Sozialist sein müssen, auch wenn er nicht zu unserer sozialistischen Kampfgenossenschaft gehört. Zu diesem praktischen Sozialismus rufe ich alle die auf, die vom Wesen der neuen Zeit etwas verspürt haben. Die letzte Entscheidung über unsere Zukunft fällt erst beim wirtschaftlichen Wiederaufbau. (Sehr wahr!) Eine kleine, aber sehr einflussreiche Schicht schwört auf das freie Spiel der Kräfte. Wir wollen gewiß nicht nach Schema & Sozialisieren und der freien Initiative den Weg verbauen; aber die einfache Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte müßte zu einer neuen Katastrophe führen. Wie sollen wir die notwendigen Rohstoffe bekommen ohne staatliche Regelung, wie werden sich die Preise der Lebensmittel stellen, wenn durch Aufhebung der staatlichen Regelung schrankenloser Preistreiberer Tür und Tor geöffnet wird? Wie sollen Arbeitslosigkeit und Lohnbrud verhärtet werden? Eine ordnungslösig Wirtschaft müßte ein solches Maß von Massenelend und Massenverwilderung erzeugen, daß der gewalttätige Ausbruch nahezu gewiß wäre. So drängt sich der Sozialismus von selbst auf als Notstandsmaßnahme der staatlichen Selbsterhaltung. (Sehr gut!)
Und auch von der finanzpolitischen Seite drängt er sich auf. Ein fünfmal größerer Betrag als früher wird durch die öffentlichen Kassen gehen, um Zinsen, Renten und Unterhaltungen, Löhne und Gehälter zu zahlen. Keine Lösung des staatlichen Finanzproblems ist denkbar ohne eine gründliche Vermögensscheidung

und Monopole. Diese sozialistische Wirklichkeit würde sich aufzwingen, wenn es nie eine sozialistische Theorie und Propaganda gegeben hätte. (Sehr wahr!) Weil wir zum Sozialismus gezwungen sind, sind wir auch zur Demokratie gezwungen. Die Machtfrage, welche die wirtschaftliche Entwicklung dem Staate gegenüber dem einzelnen in die Hand gibt, würde eine unerträglich tyrannische, wenn sie von einer unbeschränkt waltenden Bureaucratie gehandhabt würde. Gegenüber der jermalmenden Macht der bürokratischen Zentralgewalt braucht jeder einzelne den festen Panzer gesicherter staatsbürgerlicher Freiheit. Niemand soll einem Gebot unterworfen sein, an dessen Erlass er nicht gleichberechtigt mitgewirkt hat. Behörden, Minister und Kanzler, die verlangen, müssen rasch entfernt werden können. Wir brauchen Demokratie im Staat und Selbstverwaltung, wenn nicht Reglementiererei fruchtbare Arbeit erdrücken soll. Deutschland braucht die Demokratie, um leben zu können, nicht nur für den Krieg, sondern auch für die kommende Friedenszeit.

Den Weltkrieg zu sichern, muß nach diesen maßlosen Greueln unsere vornehmste Aufgabe sein. Um fürchterlichen Schicksalstage des 1. August 1914 haben wir das nicht gefürchtet. Wäre uns das Volk, mögen uns alle Völker die Kraft verleihen, daß wir es in Zukunft können. Das Volk selbst muß Garant der kommenden Völkerverträge, der nimmermüde Wächter des Friedens sein. Nach dem Kriege werden wir untersuchen müssen, inwieweit heimliche Einrichtungen oder bei uns herrschender Geist zu den Ursachen der Menschheitskatastrophe zählen, und wo wir solche Fehler erkennen, werden wir sie mit Stumpf und Stiel austrotten. Ein tüchtiges Volkswille zur Freiheit würde auch stark genug zum Frieden sein, stark nicht nur durch Waffenrüstung. Was macht denn unsern Hauptgegner in diesem Kriege, England, so stark und was ist unsere schlimmste Schwäche? England hat verstanden, die ganze Welt zum Freund zu gewinnen und wir haben die ganze Welt als Freund verloren! (Sehr wahr!) Das soll anders werden. Wir rüsten zu einem neuen Kampfe mit England, zu einem Kampfe nicht um die Nordsee Küste, sondern um die Sympathie der Völker, um die Seele der Welt. (Lebh. Beifall.) Nicht U-Boote oder Panis können diesen Krieg gewinnen, sondern nur der weitschauende Fortschritt in freihändlerischen und sozialen Einrichtungen. Für diesen friedlichen Weltkampf bietet sich ein unerhört weites Feld. Der Krieg hat bei allen Völkern, überall die gleichen Schwachzustände erzeugt und überall die gleichen Maßnahmen zur Wiederherstellung. Niemals scheinen sich die Völker so ähnlich zu sein, als wenn sie miteinander Krieg führen. Eine nahezu vollkommene Gleichmäßigkeit zeigt sich, wenn es sich um allgemeine Arbeiterforderungen handelt. Bei den Beschlüssen der Gewerkschaftskonferenz in Leeds oder der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern konnte es gar keine Meinungsverschiedenheiten nach nationalen Gesichtspunkten geben. Das ist der eigentliche Grund, warum die Engländer sich von Bern fernhielten und die Franzosen mit Gewalt ferngehalten wurden. Als alter internationaler Sozialist bin ich Nationalist genug, um zu wünschen, daß Deutschland in diesem friedlichen Weltkampfe am allerbesten abscheidet. Wenn unsere heutigen Gegner dann nach Deutschland kommen, um unsere sozialen Einrichtungen zu studieren, wollen wir die, die kein gutes Haar an uns lassen, mit herzlichster Freude und stiller Genugtuung begrüßen, daß sie nun doch bei uns das Gute suchen. In diesem Sinne bin ich nicht nur Sozialpatriot, sondern sogar Sozial-Chauvinist. (Heiterkeit und lebh. Beifall.) Wir wollen aufrichtig gestehen, daß die Sinnesart eines kleinen Teiles unseres Volkes nicht unschuldig an dem Weltkriege ist, der uns umbrandet. Ich wiederhole: **Damit wird aufgeräumt werden.** Deutschlands Politik nach dem Kriege muß so beschaffen sein, daß an ihrer Freiheitlichkeit, Rechtsschaffenheit und Aufrichtigkeit nach innen und außen kein Zweifel möglich ist.

Was vor uns liegt, ist wahrhaftig nicht leicht. Harte Zeiten und schwere Entschlüsse stehen unserer Partei und dem ganzen Volke nach bevor. Wir müßten unter dem Berg der Leben und Sorgen zusammenbrechen, hielte uns nicht aufrecht der Glaube an unsere große Idee und an die unerschöpfliche Kraft des schaffenden Volkes. In diesem Sinne sind wir getroft. Großes haben wir erlebt, Großes steht uns nach bevor. Der Krieg, der uns in allen Tiefen erschüttert, ist doch schließlich nur weltgeschichtlicher Akttag. Von Kriegen ist die Weltgeschichte voll, sie trieb den Blut, der Krieg ist das hergebrachte Alte, die ewige Wiederkehr des Gleichen. Nur durch den Fortschritt der Technik ins Wahnsinnige gesteigert. Was wir wollen, wofür wir kämpfen, das ist das Große, Unerschönte, Neue, die Erhebung der ganzen Menschheit auf eine höhere Kulturstufe der internationalen Völkergemeinschaft und des Sozialismus. So war der Krieg nur das Vorbild einer viel gewaltigeren Begebenheit, einer geistigen und sozialen Umwälzung, wie die Welt sie noch nie erlebt hat. Nach dem Kriege heißt es erst recht: **Wir müssen kämpfen.** Frieden heißt nicht, daß jeder Kampf aufhört, sondern nur, daß wir aufhören, wie Bestien zu rasen, und wie jidilistische Menschen kämpfen. Nach dem Kriege wird es heißen: **der Krieg ist tot, es lebe der Kampf, es lebe die Arbeit und der Kampf für ihr Recht.** Marchieren wir, und wenn es sein muß, kämpfen wir vorwärts. (Stürmischer, langanhaltender, immer neu einsetzender Beifall.)

In der Debatte wird zunächst der Punkt Demokratie behandelt.

Peus-Dellau: Es gab eine Zeit, in der man verjuchelt sein konnte, zu sagen, Sozialismus und Demokratie kommen auch trotz der Sozialdemokratie. Aber nach dieser Rede öffnet sich das Tor zu begeisterter hoffnungsvoller Arbeit. Es liegt über diesem Parteitag ein neuer besserer Geist, und daß manche, die diesem neuen Geist entgegen waren, nicht mehr unter uns sind, ist die Grundlage dazu. Demokratisierung heißt für uns parlamentarische Regierung. Dazu braucht das Parlament eine dauernde regierungsjährige Mehrheit. Wir allein werden kaum von morgen an die Mehrheit sein, und wären wir es, so fehlte uns doch vielfach der nötige wirtschaftliche Rückhalt, darum können wir im Parlament nicht bloß aufklärend, sondern müssen schaffend wirken. Bessere eine regierungsjährige Mehrheit gegen uns als gar keine. Aber das Ziel muß sein, daß wir dabei sind. Das Regierungsprogramm kann natürlich nicht unser sozialistisches Programm sein, aber wir müssen möglichst viel von unserem Geist hineinbringen. Bis hierher hat es geliebt an allen Parteien. Auch wir müssen uns dahin wandeln, daß wir Mitglied einer Regierungsmehrheit werden können. Wenn wir vor tatsächlichen Notwendigkeiten einen unserer Grundzüge

weilig zurückstellen, so geben wir deshalb doch nichts davon auf. Wir müssen uns mit Ehren Regierungssozialisten nennen, weil wir mit-regieren wollen. Wir müssen uns frei machen von jedem Dogmatismus, um die Macht zu erobern und in unserem Sinne zu regieren. (Beifall.)

Flüger: Stuttgart begründet den Antrag, in paderener Sprache ein Aktionsprogramm zu veröffentlichen. Die Parteileitung sei sich der großen Aufgaben für die Nachkriegszeit offenbar bewusst. In gleicher Richtung zielt der Stuttgarter Antrag. Wir wollen keine Revision unseres Programms, das sich durchaus bewährt hat. Der Parteitag hat den festen Willen gezeigt, überall praktisch zu arbeiten. Doch dafür genügen richtige nationalökonomische Lehren nicht. Wir haben in aller Kürze und Klarheit zu untersuchen und festzustellen, wie wir die furchtbaren Wirkungen des Krieges am schnellsten überwinden. Da müssen wir den Massen einen Halt bieten und dem Volk den Weg aus dem Elend heraus zeigen. Das tun die vorliegenden Referate. In der künftigen Ordnung der Volkswirtschaft muß die rasche Entfernung ungeeigneter Kräfte möglich sein.

Abg. Dr. G. v. Blasi: Unser Antrag will die Schaffung eines Aktionsprogramms sichern, wie es schon in Erfurt gefordert wurde. Seit der Entstehung der deutschen Sozialdemokratie haben wir vier große Parteiprogramme gehabt. Ein Parteiprogramm ist nicht unänderlich, es muß den Verhältnissen angepaßt werden. Alle Parteiprogramme waren kurzlebiger als das jetzige, das mit seinen 23 Jahren das greifbarste von allen ist, die wir bisher gehabt haben. (Sehr gut!) Es ist lange vor der Katastrophe geschaffen. Es sollen seine Grundzüge aufgegeben werden, aber dieser Weltkrieg ist ja der oft erwähnte große Kladderadatsch. Die Schwerpunkte haben sich verschoben, um Humboldts Kennzeichen einer Revolution anzuführen. Je kürzer ein Programm, desto größer seine Werksamkeit, sagte Lasalle und hatte Recht damit. Unser jetziges Programm ist eigentlich eine ökonomische Abhandlung mit wenigen politischen Sätzen und mit der marxistischen Scholastik daneben, die alles Nichtbuchstabenläubige auf den Index gesetzt hat. Wir müssen uns im Programm von der marxistischen Scholastik freimachen. Für ein neues Programm sind aber sorgfältige Vorarbeiten nötig und dazu soll der Antrag Stuttgart dienen. (Beifall.)

Abg. Dr. G. v. Blasi: Wir täuschen uns nicht darüber, daß trotz der Kriegseindrücke und Ideen Demokratisierung und Parlamentarisierung nur durch sehr schweren Kampf durchzuführen sein werden. Die konventionellen Kräfte wollen durch einen „Ergesrieden“ den demokratischen Gedanken niederwerfen. Daß sich die heutigen Staatseinrichtungen nicht bewährt haben, die auswärtige Politik ebensowenig wie die Ernährungsfrage, liegt vor aller Augen. Hinter all dem steht das große Problem der Ohnmacht des deutschen Volkes. Der Kampf um den Bundesrat und die Klassenparlamente der Einzelstaaten stehen im Vordergrund. Unser demokratisch-parlamentarisches System braucht nicht vollständig nach englischem Muster eingerichtet zu werden, aber daß die Volkvertretung regieren soll, darüber sind wir einig. Die Mitarbeit an der Papstantwort hat Herr v. Kühmann als beispiellos selbstkritisch, er hat aber vergessen, daß ja im Westen die Regierung selbst ein Parlamentarismus ist. Mit der Schaffung einer regierungsfähigen Reichstagsmehrheit hat es doch keine Schwierigkeiten. Bei drei wichtigen Vorlagen ist sie nicht zusammengefallen. Verantwortlichkeiten, die an uns herangetragen, haben wir zu übernehmen, aber auf gebrechliche Schulden zu treten, haben wir keine Ehre. Kommt die Parlamentarisierung, so werden der Bundesrat die Souveränität, daher der Widerstand Süddeutschlands. Die Kernfrage ist das preussische Wahlrecht, das ist uns die größte Schwierigkeit bevor. (Sehr richtig!) Die Notwendigkeit unseres Schutzes in geographischer und politischer Beziehung hat der Krieg gelehrt. Alles für das Volk, aber auch alles durch das Volk. (Beifall.)

Kreiser-Odenburg: Durch unsere Erziehungsart haben wir den Arbeiter Selbstbewußtsein beigegeben. Aber daß es davon noch etwas heißt, das ermöglicht allein den reaktionären Geist der Verwaltung und den Druck auf die Untergebenen zuzugreifen der Vaterlandspartei. Wenn der Krieg vor hundert Jahren so große Umwälzungen gebracht hat, so müssen die heutigen Kriege noch größere Fortschritte von selbst folgen. Die Arbeiter sind tüchtiger als manche Bürgerliche, in die Verwaltung einzutreten. (Bravo!)

S. v. D. v. B. Der Reichstag muß mitwirken bei der Beratung des Reichskanzlers. Die Krons muß den neuen Mann der Mehrheit entnehmen. Sie müßte sich freilich bei jedem Kaiserwechsel erst konsultieren. Mit Recht sagt Seilmann, daß der Kanzler nicht nur Politiker, sondern auch Organisator und Verwaltungsmann sein muß. So dürfte ein Kanzler nicht mehr entlassen werden wie Seilmann-Hollweg. Der Bundesrat dürfte nicht mehr geheim sein und sollte mit einem Reichstagsausschuß zusammen tagen und beschließen. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Bundesstaaten löst auf große Widerstände. In manchen Staaten ist noch gar nichts geschehen und in Mecklenburg wird sicher erst die Reichsgesetzgebung Wandel schaffen. Es darf nicht mehr vorzukommen, daß in Deutschland geborene Ausländer interniert werden, und selbst Staatslose, die für Deutschland freiwillig kämpften, bei der Einbürgerung Schwierigkeiten gemacht werden.

Do n. H. Bremen schließt sich Blasi an bezug auf die Programmvision an, doch sei es jetzt mitten in der Woche zur Einsetzung einer Kommission noch zu früh. Der Demokratisierung muß die Parlamentarisierung vorausgehen. Heimanns Artikel in der „Globe“ gegen die Parlamentarisierung war eine unantwortliche Laienarbeit. Unsere Bürgerlichen haben ihn ja auch zu einem Kriegsalibi-Vertrag herangezogen. Gerade die bremsenden Freimänner haben gegen das allgemeine Wahlrecht, weil das Bremer Parlament auch normal sei und die Arbeiter dem Einfluß hätten. Unsere Patrioten geben das Wahlrecht freiwillig nicht, das die Arbeiter wollen, darum muß uns die Reichstagsfraktion helfen. Unsere Freimänner agitieren unter Hornann's Führung für die „unpolitische“ Vaterlandspartei.

Abg. Heinrich Schulz (Zentralbildungsausschuß): Eine Demokratie ist mit Aussicht auf Erfolg nur möglich, wenn die Massen wissen, was sie wollen. Eine der wichtigsten nächsten Aufgaben der Partei ist es, die Massen für den Sozialismus zu bilden. Marxistische Bildungsarbeit ist nach dem Kriege nötiger als zuvor und sie wird in mannigfacher Beziehung beeinflusst durch die Kriegserfahrungen. Voraussetzungen sind eine solche Jugendbewegung. Vor allem muß die Jugendbildung viel mehr als früher eine Sache der Erziehung und nicht der Politik sein. Die Erziehung kann aber nicht erst mit dem 14. Jahre beginnen. Bisher war die Schule sozialistischem und das Arbeiterhaus Lehrer zur Erziehung wenig geeignet. In Zukunft müssen wir natürlich die Kinder nicht zu Sozialisten machen, aber sie müssen frühzeitig in die Gedankenwelt des Sozialismus als künftigen Gehälter des Staates hineingeführt werden. Das muß in dem Maße keine hässliche Erziehung. Daran muß die Frauenteilnahme nach dem Kriege von der Gesellschaft aus vergrößert werden; dieser erweiterung somit gewaltige Aufgaben der sozialen Partei.

Abg. Raabeberg (Schlesien): Mein Referat ist von keiner Seite angegriffen. Wir sind uns über die Frage der Demokratisierung ziemlich einig und darüber, daß davon nicht zu reden, sondern daß sie zu verwirklichen ist. Der Parteitag hat es bewilligt, die beantragte Kommission zur Ausarbeitung eines Aktionsprogramms einzusetzen. Ich glaube nicht, daß Sie die Gewinnung des Gesetzes über die Arbeiterwahl von Männern teilen, die Jahrelang mit uns gekämpft haben. Das beweist der Bericht, in dem Sie ihrer Schamhaftigkeit über den deutschen Arbeiterliche Unverstand geben haben. Je gewaltiger ein Organismus ist, je desto mehr Anpassungen hat er nötig. Die Anpassungen von Hens sind den Männern, von denen er sprach, etwas unangenehm, mit ihm die übrigen. (Sehr gut!) Ein großer Grundlag könnte Hens und vielen Männern eine Einigung möglich sein. (Sehr gut!) Was ist jeder willkommen, dessen Herz von Schamhaft nach einem freien Deutschland, nach einer Selbstbestimmung ohne Elend und Unwissenheit, nach einer Welt aller Arbeiter offen ist. (Sehr gut!) Wir erwarten den Sieg des Sozialismus und des Gedankens der Internationale nicht von dem Wohlwollen guter Menschen. Das politisch befreite Volk wird in friedlichen Kämpfen die sozialistischen Ziele der Volksgemeinschaft der Produktionsmittel und der Herbeiführung der Völker verwirklichen. Im Kampf um die politische Befreiung werden wir die Hilfe keines Bundesgenossen verschmähen, aber mit kleinen Zugeständnissen, die am Wesen des Obrigkeitsstaates nichts ändern, lassen wir uns nicht abfinden. (Sehr richtig!) Auf das Recht, das mit uns geboren ist, verzichten wir nicht, auch nicht teilweise. (Beifall.) Vom Siege der deutschen Demokratie hängt das Schicksal des deutschen Volkes ab. Wir werden kraftvolle Widerstände zu überwinden haben. Die Gründung der deutschen Vaterlandspartei bezweckt nichts anderes, als den Widerstand gegen die notwendigen Reformen zu organisieren. Man spricht vom deutschen Frieden und man meint das preussische Dreiklassenwahlrecht. (Sehr richtig!) Die Wahlrechtsreform des Königs von Preußen geht nicht, daß das Deutschland nach dem Kriege auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhen müsse. Aber sie garantiert dieses Recht nicht. Es wird erkämpft werden müssen, und dieser Kampf, der mit einem Siege enden muß, wird seinen Wert erhöhen. Fällt das preussische Dreiklassenhaus, so kann es in keinem deutschen Bundesstaate noch ein reaktionäres Wahlrecht geben. Ist Preußen für die Demokratie erobert, so gibt es keinen Schlußpunkt für die Reaktion in Deutschland mehr. Unter dem Selbstbestimmungsrecht werden die großen Kulturaufgaben gelöst werden, die heute durch die Wahlrechtsfrage zurückgedrängt sind. Der Aufstieg des deutschen Volkes zur Kultur hat zur Voraussetzung die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts. Wir wollen den größtmöglichen Erfolg mit Einziehung der geringsten Kräfte erreichen, aber wir sind gewillt, alle Kräfte aufzubieten, die nötig sind, um uns politisch zu befreien. Durch Annahme der Resolution habe haben wir die herrschenden Klassen auf die Verantwortung hingewiesen, mit der sie sich beladen, wenn sie ihren freiheitlichen Versprechungen nicht die Tat folgen lassen. Den Massen des deutschen Volkes rufen wir zu: Seid einig, denn Einigkeit wird eure Kraft vervielfältigen, und seid begeistert, denn Ihr braucht Begeisterung, um große Dinge vollbringen zu können. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Damit ist der Punkt Demokratisierung erledigt. Die Debatte wird beim Referat „Finanzfragen“ auf Freitag früh vertagt.

Die Kriegslage.

In Flandern hielt am 17. Oktober auf dem Großenkampfe das starke feindliche Feuer den ganzen Tag über an und steigerte sich am Abend mehrfach zu großer Heftigkeit. Erkante Bewegungen und die starke Belegung des feindlichen Trichterfeldes, namentlich in der Gegend von Baldensdale und Ghelweit wurden unter zusammengefaßtem Vernichtungsfeuer genommen. Dessen Draabank brachen nach kurzem Trommelfeuer am 17. Oktober nachmittags feindliche Großpatrouillen gegen unsere Linien vor, die restlos unter blutigen Verlusten abgewiesen wurden. Am frühen Morgen des 18. Oktober erfolgten starke Feuertöße in der Gegend nördlich von Poelkappelle, denen Angriffe bisher nicht gefolgt sind. Das trübe, regnerische Wetter hält an.

An der Arras-Front wurden bei lebhafter Artillerietätigkeit an mehreren Stellen fünf stärkere Patrouillenvorstöße abgewiesen.

An der Aisne-Front ist seit dem 17. Oktober, 8 1/2 Uhr vorwärts, nach tagelanger lebhafter Artillerietätigkeit die Artillerieschlacht in der Gegend von Sauroville bis zur Höhe von Germes voll entbrannt. Unsere Stellungen, besonders beiderseits des ehemaligen Forts Malmajon, lagen unter besonders starkem Zerstörerfeuer, das von mittags ab auch tief in das Hintergelände schlug. Im weiteren Verlaufe des Tages dehnte sich die beiderseitige Artillerietätigkeit nach Norden bis in die Gegend von St. Gobain und nach Osten bis östlich Craonne aus. Auch nach Einbruch der Dunkelheit hielt das Artilleriefeuer von Sauroville bis Braye in großer Stärke an. Bei klarer Sicht war die Ballon- und Fliegerstätigkeit sehr reg. Am 18. Oktober morgens setzte Regen ein.

Gegen unsere Stellung in den Westargonnen vorgehende Patrouillen wurden durch Feuer vertrieben. Desgleichen wurden Patrouillenvorstöße beiderseits des Vooourt-Waldes abgewiesen.

Bei einem erfolgreichen Vorstoß östlich der Maas bei der Höhe 304 hatte der Feind außer der Einbuße an Geländezug schwere, blutige Verluste. Im weiteren Verlaufe des Tages nahm unsere Artillerie mehrfach in den dortigen Gräben erkannte feindliche Bereitstellungen unter wirksamem Vernichtungsfeuer und verhinderte beachtliche Gegenangriffe. Nach erneuter, erheblicher Feuerhegierung ließ der Gegner 9 Uhr abends an der Höhe 344 gegen unsere Stellungen vor, wurde jedoch durch unser Abwehrfeuer, an einzelnen Stellen durch Gegenstoß abgewiesen.

Unsere Bombengeschwader griffen in der Nacht zum 17. Oktober wiederholt die Festung Nancy mit Erfolg an. An mehreren Stellen wurden langanhaltende Brände beobachtet.



Im Osten steigerte sich auf der Insel Diefel die Zahl wie bereits gemeldet, erheblich, 10000 Gefangene von zwei russischen Divisionen und 50 Geschütze, dabei unversehrte schwere Kanonen und einige Feldbatterien, wurden eingebracht und zahlreiches Munition und Kriegsmaterial erbeutet. In der Nähe von Diefel lebte das Feuer während des Angriffs, bei Einbruch des Tages und des Gedankens der Internationale nicht von dem Wohlwollen guter Menschen. Das politisch befreite Volk wird in friedlichen Kämpfen die sozialistischen Ziele der Volksgemeinschaft der Produktionsmittel und der Herbeiführung der Völker verwirklichen. Im Kampf um die politische Befreiung werden wir die Hilfe keines Bundesgenossen verschmähen, aber mit kleinen Zugeständnissen, die am Wesen des Obrigkeitsstaates nichts ändern, lassen wir uns nicht abfinden. (Sehr richtig!) Auf das Recht, das mit uns geboren ist, verzichten wir nicht, auch nicht teilweise. (Beifall.) Vom Siege der deutschen Demokratie hängt das Schicksal des deutschen Volkes ab. Wir werden kraftvolle Widerstände zu überwinden haben. Die Gründung der deutschen Vaterlandspartei bezweckt nichts anderes, als den Widerstand gegen die notwendigen Reformen zu organisieren. Man spricht vom deutschen Frieden und man meint das preussische Dreiklassenwahlrecht. (Sehr richtig!) Die Wahlrechtsreform des Königs von Preußen geht nicht, daß das Deutschland nach dem Kriege auf dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes beruhen müsse. Aber sie garantiert dieses Recht nicht. Es wird erkämpft werden müssen, und dieser Kampf, der mit einem Siege enden muß, wird seinen Wert erhöhen. Fällt das preussische Dreiklassenhaus, so kann es in keinem deutschen Bundesstaate noch ein reaktionäres Wahlrecht geben. Ist Preußen für die Demokratie erobert, so gibt es keinen Schlußpunkt für die Reaktion in Deutschland mehr. Unter dem Selbstbestimmungsrecht werden die großen Kulturaufgaben gelöst werden, die heute durch die Wahlrechtsfrage zurückgedrängt sind. Der Aufstieg des deutschen Volkes zur Kultur hat zur Voraussetzung die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts. Wir wollen den größtmöglichen Erfolg mit Einziehung der geringsten Kräfte erreichen, aber wir sind gewillt, alle Kräfte aufzubieten, die nötig sind, um uns politisch zu befreien. Durch Annahme der Resolution habe haben wir die herrschenden Klassen auf die Verantwortung hingewiesen, mit der sie sich beladen, wenn sie ihren freiheitlichen Versprechungen nicht die Tat folgen lassen. Den Massen des deutschen Volkes rufen wir zu: Seid einig, denn Einigkeit wird eure Kraft vervielfältigen, und seid begeistert, denn Ihr braucht Begeisterung, um große Dinge vollbringen zu können. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

im Pak der Bogen und bei Tarnopol, sowie am oberen Sereth zeitweise auf. Ein an der Straße Nowo-Alexandrowsk-Dünaburg angelegtes russisches Stützpunkt-Unternehmen wurde durch unser Feuer glatt abgewiesen.

Die Heeresberichte.

WTB. Berlin, 18. Okt., abends. (Amtlich.) In Flandern geringer und nordöstlich Ostions sehr harter Artilleriekampf.
Die zwischen Diefel und Festland gelegene Insel Moun wurde von Land- und Seestreitkräften durch Angriff gewonnen.

Wien, 18. Okt. Amtlich wird bekannt: Außer erfolgreichen Stützpunktunternehmungen in Ostgalizien nirgends besondere Ereignisse.
Der Chef des Generalstabes.

Ein Geleitzug von insgesamt 13 Fahrzeugen verfehlt.

Tu. Berlin, 18. Oktober 1917. (Amtlich.)
1. Am 17. Oktober griffen leichte deutsche Seestreitkräfte in der nördlichen Nordsee innerhalb des Sperrgebiets nahe bei den Schetlandsinseln einen von Norwegen nach England gehenden Geleitzug von insgesamt 13 Fahrzeugen an, darunter als Schutz die beiden modernen englischen Zerstörer G 29 und G 31. Alle Schiffe des Geleitzuges sowie die Bedeckungsfahrzeuge und Zerstörer wurden vernichtet bis auf einen Geleitzugsdampfer. Unsere Streitkräfte sind ohne Verluste und Beschädigungen zurückgezogen.
2. Die Operationen unserer Seestreitkräfte bei Diefel schreiten planmäßig fort.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Flugzeugbente.
Berlin, 17. Oktober. In einer durch das Wolff- bucau verbreiteten Meldung der Hindenburg-Erfolge an der Westfront vom 8. Oktober wird u. a. gesagt, daß die Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht, Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht in den letzten 3 Monaten 11 feindliche Flugzeuge erbeuteten. Ergänzen können wir dazu mitteilen, daß diese 11 Flugzeuge nur die Zahl der in dieser Zeit hinter unseren Linien ohne Einwirkung unsererseits unfreiwillig gelandeten feindlichen Flugzeuge darstellt, in den letzten Monaten dagegen zusammen 867 Flugzeuge abge- schossen wurden, von denen 381 in unsere Hand gefallen sind. Seit dem 1. Januar 1917 verloren unsere Gegner an der Westfront 1962 Flugzeuge, hiervon sind 859 in unserer Hand.

Frankreich und Belgien.

Frankreich als Friedenshindernis.
Die englischen Sozialisten Snowden und Ramsay MacDonald denken anders über die Frage, ob England ernstlich den Frieden will, als Asquith in seiner Rede. Die Sozialisten schreiben im „Labour Leader“, daß gegenwärtig beinahe drei Viertel des englischen Volkes den Frieden wünscher und durch diese politische Forderung die Regierung in eine unangenehme Lage gebracht haben. „Man weiß“, so führen sie aus, „wie sich die englische Regierung gegenüber ihren Bundesgenossen durch Verpflichtungen und Verträge gebunden hat, die der Sache des Friedens sehr im Wege stehen. Die Bundesgenossen würden ohne Zweifel von England Rechenschaft fordern, falls die englische Regierung dem Wunsch der Mehrheit Gehör verleihen und sich für einen baldigen Frieden erklären würde. Lord Georges Weitz ist darum auch darauf gerichtet, die Führung unter den Alliierten mehr Amerika und den übrigen Bundesstaaten zu überlassen, so daß England im Augenblick nicht den ersten Platz in der Politik einnimmt. Aus vertrauenswürdigere Quelle weiß man mit Sicherheit zu erzählen, daß Frankreich das Hindernis ist, das dem Verlangen der Völker nach Frieden im Wege steht. Man muß nun abwarten, ob Lloyd George sich durch diese französische Politik leiten lassen und alles vorbereiten wird für eine weitere Kriegskampagne, die alle früheren Anstrengungen noch übertreffen muß, um Erfolge zu haben. Die Aussicht auf Erfolg wird jeden Tag geringer, und es ist noch die Frage, ob nicht unvorhergesehene Ereignisse im kommenden Winter auch den Zustand in Frankreich mit einem Schlag verändern werden.“

Das angebliche neue deutsche Friedensangebot.
Nach Depeschen der „Basler Nachrichten“ befahte sich die französische Kammer in ihrer Geheim Sitzung am Dienstag mit angeblichen Friedensangeboten Deutschlands, welches diese übrigens bestritt. In der Öffentlichkeit weiß man nicht, was Ribot und Briand darüber mitgeteilt haben. Laut Meldung des „Matin“ hatte Deutschland an England durch die Vermittlung einer neutralen Macht eine durchaus beachtliche Regelung der belgischen Frage angeboten und versichert, die schlagend löschende Frage werde sich mit Frankreich leicht erledigen lassen. Ferner habe Deutschland durch Lucius, seinen Vertreter in Stockholm, Rußland ersucht, seine Forderungen zu stellen und versichert, Frankreich und England seien mit einem Separatfrieden einverstanden.
Die Meldung des „Matin“ über angebliche Friedensangebote Deutschlands an England, Frankreich und Rußland ist, wie bürgerliche Blätter von ausländischer Seite erfahren, frei erfunden.

Französische Flieger in der Schweiz abgeführt.
Bern, 18. Oktober. Gestern abend ist im Kura ein von zwei Fliegern besetztes französisches Flugzeug abgeführt. Die beiden Flieger sind tot. Die Leichen wurden unter militärischen Ehren an Frankreich zurückgegeben.

Rußland.

Das russische Chaos.
Die Anarchie in Rußland zeigt seit der Niederlage auf Diefel ein neues Anzeichen. Aus den zahlreichen Mitteilungen der russischen Blätter über die Zerstörung von Gütern, Plünderungen und Raubbränden sei folgendes hervorgehoben: In Petersburg wurde der Sumarow-Firaß gestohlen. In Moskau wurde der Krasnow-Firaß gestohlen. In Kasan wurde der...

Der wurden Löben, sowie 100 Häuser von Soldaten geplündert. In Soroti gab es Agrarunruhen, in Batu Unruhen unter den freitenden Fabrikarbeitern. Im Donjezer Bassin brach ein Kohlenarbeitersstreik aus. Auch aus Resan und Omsk und anderen Orten kommen Telegramme an: „Hier wird getraubt und gebrandschakt. Wir erbitten Schutz.“ Die vorläufige Regierung behandelte in der außerordentlichen Sitzung im Hauptquartier auch die innere Krise. Die Zeichnungen auf die Freiheitsanleihe sind seit der Niederlage bei Desfel auf dem Nullpunkt angelangt.

Die Londoner „Times“ meldet aus Odessa: „Erste Unruhen brachen in Besarabien aus. Eine Anzahl von Pogromen fanden in den Landbezirken, sowie erste Tumulte in verschiedenen Städten infolge Mangels an Lebensmitteln statt.“

England.

Pogrom in London.

Wie jüdische und englische Zeitungen berichten, fanden am 24. und 25. September, unmittelbar vor dem jüdischen Versöhnungsfest pogromartige Ausschreitungen gegen die Juden in dem Londoner East-End statt. Viele Juden, meist russischer Herkunft, selbst jüdische Soldaten, wurden vom Böbel, dem sich auch englische Soldaten angeschlossen hatten, mißhandelt. Die Fensterscheiben vieler jüdischer Häuser wurden eingeschlagen und die jüdischen Pastoren beschimpft und verprügelt. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, schlimmere Ausschreitungen und Plünderungen zu verhindern. Bekanntlich hatten vor einigen Monaten auch in Leeds pogromartige Ereignisse stattgefunden. Die Schuld daran trägt die systematische Hege gegen die russischen Juden in England, die die reaktionären englischen Zeitungen, vor allem die Morning Post, in letzter Zeit betreiben. Dieselben Zeitungen suchen auch jetzt die Ereignisse in London zu reaktifizieren, indem sie behaupten die Juden hätten die englischen Soldaten beschimpft und sogar auf sie geschossen, was aber die jüdischen Zeitungen in England als glatte Lüge erklären. Charakteristisch ist, daß bis jetzt nur ein einziger Pogromteilnehmer zur Bestrafung gezogen wurde und zwar ein sechzehnjähriger Junge, der zu einer Geldstrafe von vierzig Schilling verurteilt wurde.

Italien.

Der italienische Sozialist Enrico Ferri für die Anbahnung von Friedensverhandlungen.

In der Sitzung der italienischen Kammer am Mittwoch behandelte der Sozialist Enrico Ferri die Kriegshaltung des italienischen Volkes und führte dabei aus, daß das dritte Kriegsjahr kein entscheidendes militärisches Übergewicht ergeben habe und daß die Fortdauer des Krieges Europa in Barbarei zurückwerfe. Ferri fordert die Regierung auf, unverzüglich im Rat der Verbündeten eine gemeinsame Aktion vorzuschlagen, die unter Ausschluß eines Sonderfriedens Friedensverhandlungen möglich mache auf der Grundlage der Forderungen der Völker nach gegenseitigen territorialen Zugeständnissen, gerechter Erhebung der Kriegsschäden, Vorbereitung der Garantie gegenseitiger Abrüstung, Abschaffung der obligatorischen Dienstpflicht, Einsetzung internationaler Schiedsgerichte, Zulassung des freien Handels und freier Schifffahrt, Ratifizierung von Abkommen durch Parlamente, Ausschließung von Wirtschaftskriegen nach den militärischen, um Europa auf die Rechtsgrundlage demokratischer Entwicklung zu führen.

„Popolo d'Italia“ meldet aus Rom: Der Eindruck der Kammerführung gehe dahin, daß die Lage des Kabinetts gefährlich sei und es seinem Schicksal nicht mehr entrinnen könne. Der internationale unabhängige Sozialist Labriola erklärte in der Kammerführung, gegen die Regierung stimmen zu wollen. Er begründete dies mit der wachsenden Gläubigerschuld der Regierung, mit dem Misstrauen der öffentlichen Meinung gegenüber dem Ministerium, dem sogenannten nationalen Ministerium fühle sich trotz der außerordentlichen Vollmachten ohnmächtig und habe zu sich selbst kein Vertrauen. Der Redner bedauerte, daß die Regierung aus dieser inneren Schwäche die Machtbefugnisse des Oberkommandos über gewisse Provinzen im Norden und Süden erweiterte. Die heutige Regierung sei nur die des Ministeriums der interministeriellen Koalition.

Bei Besprechung der Stockholmer Konferenz wandte sich Labriola heftig gegen die Passiverweigerung, wobei es zu lebhaften Zwischenrufen kam, an denen sich auch Sonnino beteiligte, der zu verstehen gab, daß der Vorwurf, Italien sei gegen Stockholm aufgetreten, falsch sei.

Der Balkanrieg.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 18. Oktober. Mazedonische Front: An verschiedenen Punkten der Front, besonders westlich des Doiran-Sees, nahm die Artillerietätigkeit merklich zu. Mehrere feindliche Flugzeuge waren in der Gegend nördlich des Doiran-Sees erfolglos abgeworfen. An der Dobrudscha-Front schwaches Artilleriefeuer.

Rumänische Schadenersatzansprüche.

Kürzlich meldeten englische Blätter, daß die rumänische Petroleumgesellschaft bei der englischen Regierung eine Forderung für eine Entschädigung von 1.270.000 Pfund Sterling für die im Petrolengebiet angerichteten Verwüstungen eingebracht habe. Demgegenüber wird von Hauptmann Bennet in der „Daily News“ darauf hingewiesen, daß die Deutschen, anstatt mit langen Wiederherstellungsarbeiten zu beginnen, einige neue Quellen gebohrt haben, wodurch sie eine bedeutende Menge Petroleum erhalten. Ueberhaupt seien die Verwüstungen auf Befehl der rumänischen Heeresleitung geschahen. Wenn jedoch die Verwüstungen, so sagt Bennet, nicht nur im Interesse Rumaniens, sondern im Interesse aller Ententeländer geschähen sind, warum fordert man dann allein von England und nicht von allen Bundesgenossen die Entschädigung?

Der Seetrio.

Des „Seeadlers“ Ende.

Nachrichten aus Sidney zufolge verteidigte sich die Mannschaft des gestrandeten deutschen Hilfskreuzers „Seeadler“ bis zum letzten Augenblick. Bereits als die Schaluppe, in der sich ein Teil der Mannschaft mit dem Kommandanten des „Seeadlers“, Graf Ludner, befand, von australischen Seestreitkräften völlig umstellt war, widerstanden sich die deutschen Seeleute ihrer Gefangennahme, indem sie auf die Barkassen, die sich ihnen zu nähern versuchten, schossen. Erst als man das Geschützfeuer gegen sie eröffnete, ergaben sich die total erschöpften Deutschen. Es ist fest, daß ein Teil der Besatzung des „Seeadlers“ sich auf einem französischen Kohlendampfer befindet, das mit Kurs Honolulu abgegangen ist. Aus den bei dem Grafen Ludner vorgefundenen Papieren geht deutlich hervor, daß die anfänglich angesehene Aiffer der vom „Seeadler“ zerstörten Schiffsverstehe erheblich übertroffen wird, und 10 Millionen Pfund übersteigt. Der „Seeadler“ hat nach Angabe seiner Mannschaft auch Gefechte mit bewaffneten Handelsschiffen zu bestehen gehabt und war in diesen Zusammenstößen nicht unerschrocken befehligt worden, jedoch umfangreiche Reparaturen an dem Fahrzeug notwendig geworden waren.

Untergang eines Donau-Monitors.

Wien, 18. Oktober. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Die erste Monitor-Division unternahm am 22. September eine Übungsfahrt von Cernauoda nach Bratia. Auf der Rückfahrt wurde das Schulschiff „Monitor „Jnn“, von einem in See mit befindlichen Schlepper um Hilfe angerufen. „Jnn“ folgte dem Ruf, wendete gegen den Schlepper und war nach etwa 300

Der amtliche Kriegsbericht.

5000 Russen auf der Insel Moon gefangen. Ein russisches Linienschiff vernichtet.

W.M. Großes Hauptquartier, 19. Oktbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die artilleristische Kampftätigkeit in Flandern erreichte gestern wieder an der Älle, sowie zwischen Yper und Oys große Stärke. Besonders heftig war das Feuer im Houthousterwald, bei Passchendaele und zwischen Gheluvelde und Zandvoorde.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach regnerischem Morgen schwoll von gestern mittag ab die Artilleriegeschlucht nordöstlich von Soissons wieder zu voller Höhe an und löst seitdem bei gewaltigem Munitionseinsatz fast ununterbrochen. Morgens drangen bei Bayaillon, abends an der ganzen Front bis Brane nach Trommelfeuer starke französische Abteilungen zu Erkundungszügen vor. In örtlichen Kämpfen wurde der Feind überall zurückgeworfen.

Die Nachbarschaftsfront und das Rückengebiet der Kampffront lagen unter sehr starkem Störungsfeuer, das von uns kräftig erwidert wurde.

Im Ostteil des Chemin des Dames griffen die Franzosen erneut dreimal unsere Stellungen nördlich der Höhe von Baucleuc an. Sie wurden blutig abgewiesen.

Bei den anderen Armeen schränkte Regen und Nebel die Gefechtstätigkeit ein.

Unsere Gegner verloren gestern 12 Flugzeuge, davon 6 aus einem Geschwader, das bei Roulers und in Zangle unter mit beträchtlichem Häuser Schaden Bomben abgeworfen hatte.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unter Befehl des Generalleutnants von Storff erkämpften unsere Truppen, in Boolen und auf dem Steindamm von dem kleinen Sund übergehend, das Westufer der Insel Moon.

In schnellem Vordringen wurden die Russen, wo sie Widerstand leisteten, überrannt. Bis zum Mittag war die ganze Insel in unserm Besitz.

Von Norden und Süden eingreifende Landungsabteilungen der Marine und die Geschütze unserer Schiffe trugen zu dem schnellen Erfolg wesentlich bei.

Zwei russische Infanterieregimenter in Stärke von 5000 Mann wurden gefangen. Die Beute ist beträchtlich. Auf Insel und Moon sind Divisions- und Brigadefüßler in unsere Hand gefallen.

Unsere Seestreitkräfte haben in den Gewässern um Moon mehrfach Gefechte mit feindlichen Kriegsschiffen. Das russische Linienschiff „Slawa“ (13.500 Tonnen) wurde in Brand geschossen und ist dann zwischen Moon und der Nachbarinsel Schildbau gesunken.

Land- und Marineflieger hielten die Führung über den Verbleib der feindlichen Kräfte gut unterrichtet. Mit Bombenwurf und Maschinengewehrfeuer griffen sie auf Land und See den Feind oftmals mit erkannter Wirkung an.

An der russisch-rumänischen Landfront und auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister. Zubendorff.

Meter von ihm entfernt. „Znn“ war eben im Begriff, Anker zu werfen, als unter seinem Bug eine heftige Explosion erfolgte. Der Monitor war auf eine Klammere geraten, trotzdem die Gewässer dieser Gegend so oft nach Witten abgelaufen waren und der regelmäßige Schiffsverkehr sich störungslos abspielte. Es gelang, den Monitor in leichtes Wasser zu bringen, wo er nach kurzer Zeit sank. Der Flottenstabschef, Komvetenkapitän Max Ritter v. Förster war im Vordersteck in seiner Kabine und kamte trotz aller Bemühungen nicht gerettet werden. Ein Unteroffizier, der mit acht anderen Leuten über Bord geschleudert wurde, versank, ehe ein Rettungsboot ihn erreichte. Sonst sind keine Verluste zu beklagen. 3 Mann wurden schwer und 5 leicht verwundet. Die jogleich eingeleiteten Bergungsarbeiten schreiten sehr gut vorwärts. Die Leiche Försters konnte erst am 10. Oktober geborgen werden.

Untergang des russischen Schlachtschiffes „Slawa“.

Rottterdam, 18. Oktober. Der russische Seeresbericht meldet, daß während der Schlacht in der Rigaer Bucht das russische Schlachtschiff „Slawa“ gesunken ist. „Slawa“ ist 14.600 Tonnen groß und 1903 in Dienst gestellt.

Ein amerikanisches Hochseetorpedoboot angeht.

Reuter meldet amtlich aus Washington: Ein amerikanisches Hochseetorpedoboot wurde am Dienstag im Sperrgebiet torpediert. Ein Mann der Besatzung wurde getötet, fünf wurden verwundet. Das Fahrzeug ist beschiedigt in einen Hafen eingelaufen.

Ein Chinesentransport untergegangen.

„North China Daily-Express“ meldet, daß vor einigen Tagen in den Gewässern von Ceylon ein japanischer Dampfer mit 3500 Chinesen an Bord infolge Explosion aus unbekannter Ursache untergegangen ist. Die Chinesen waren als Arbeitssoldaten für Warfelle bestimmt. In Ceylon sind nur wenige Ueberlebende gefunden worden. Eine Untersuchung der Ursachen der Katastrophe ist eingeleitet worden. In Shanghai ist das Gerücht verbreitet, daß der Transport von einem feindlichen Hilfskreuzer verjagt worden ist.

Allerlei Kriegsnachricht.

Schweizerische Kriegsteuer.

Die eidgenössische Kriegsfinauzkommission hat beschlossen, daß die Erhebung einer zweiten Auflage der Kriegsteuer im Jahre 1918 wiederholt werden soll. Die Kommission empfiehlt sogar, daß die Wiederholung noch zweimal stattfinden soll und zwar derart, daß zwischen den beiden Wiederholungen eine Ruhepause von einem Jahre eintritt. Ueber die Wiederholung dieser Kriegsteuern hat das Volk in einer Volksabstimmung noch zu beschließen.

Die verdächtigen schwedischen Postfäden.

Der Korrespondent der „Times“ meldet: Die Frage der schwedischen Postfäden ist in ein kritisches Stadium getreten, da der schwedische Gesandte Edengren sich weigert, das englische Vorgehen als auch nur irgendeine gerechtfertigt anzuerkennen. Die Regierung in Washington möge von Schweden den Streit fernhalten, der durch Passings Enthüllungen entstanden ist, daß die englische Regierung die verdächtigen Postfäden von Stockholm in Halifax beschlagnahmte ließ. Die Sade befindet sich nun in der britischen Gesandtschaft in Washington. Edengren weigert sich, die Siegel zu öffnen und die Sade in Gegenwart der englischen Beamten zu öffnen. Reuters Sonderkorrespondent meldet, daß, obgleich keine Mitteilungen von offizieller Seite vorliegen, die Korrespondenten der Washingtoner Blätter dabei bleiben, daß der schwedi-

sche Gesandte im Ministerium des Auswärtigen Vorstellungen gemacht habe, um die Postfäden, die schwedische diplomatische Dokumente enthalten, freizubekommen.

Wirtschaftskrisis der Neutralen.

Kopenhagen, 18. Oktober. Ueber die Regelung der Fettverteilung begannen heute die Verhandlungen. Es gilt als sicher, daß sowohl für Butter wie für Fett Karren eingeführt werden, auf Grund welcher angeblich jeder Person wöchentlich 250 Gramm Butter und 250 Gramm Fett zustehen sollen. Auch für Schweinefleisch wird demnächst die Einführung des Kartensystems zu erwarten sein.

Bergarbeiterausstand in Illinois.

Aus Washington meldet Reuter: Wegen der Ausstände im Bergwerksbezirk von Illinois hat die Regierung sowohl den Grubenbesitzern als auch den Grubenarbeitern mitgeteilt, daß sie, wenn die Kohlenproduktion fortwährend durch Ausstände bedroht werde, die Leitung der Bergwerke selbst in die Hand nehmen würde.

Die angeklagten griechischen Minister.

„Secolo“ meldet aus Athen, daß die Untersuchungskommission über die Handlungen der Mitglieder des Ministeriums Schuldis beschlossen hat, der Kammer die Verweisung der Minister mit Ausnahme des Marineministers Konduktoris vor den hohen Gerichtshof vorzuschlagen.

Aus Ober und den Nachbargebieten.

Freitag, 19. Oktober.

Die Hand liegt offen. Wir brachten gestern einen Artikel aus dem „Vorwärts“ zum Abdruck, dem wir vollständig zustimmen. Darin wird die Friedensbereitschaft der Sozialdemokratie den Unabhängigen gegenüber betont und festgesetzt, daß die angebotene Friedenshand leider bei den abgeplitterten Sozialdemokraten ebensovienig Gegenliebe gefunden hat, wie die Deutschlands bei diesen Gegnern. Aber, so wird festgesetzt, diese Friedensbereitschaft ist die einzige Möglichkeit, um überhaupt zum Frieden zu gelangen, auch wenn die anderen sich zurzeit noch ablehnend verhalten. Im südtigen Amtsblatt findet man heute hierzu folgende gewohnt geistvolle Bemerkung:

„Der „Vorwärts“ sieht also die einzige Möglichkeit, zum Frieden zu kommen, darin, uns dauernd anzuknien zu lassen, uns durch keine Kränkung, durch keinen Hohn und Spott davon abhalten zu lassen, dem Verlangen der uns anspruchenden Feinde immer weiter nachzugeben. Freundliche Aufforderung an die Feinde: Die Hand liegt offen, spuckt hinein; ihr werdet uns für die händische Untermirigkeit nicht austreiben! Und für solches Verhalten erwartet der „Vorwärts“ den Dank des deutschen Volkes, den Dank der deutschen Arbeiterkraft!“

Auf dem Gebiete der händischen Untermirigkeit und dem des Maulheldentums sind andere Leute schwerfälliger als die Sozialdemokraten. Uns gilt, was wir gestern ausführten: Wir wissen, daß diese friedensbereite Haltung die einzige Möglichkeit bedeutet, den Frieden herbeizuführen. Und die Herbeiführung des Friedens ist ein so über alle Maßen wichtiges und hohes Ziel, daß uns keine Kränkung von der einen Seite, kein Hohn und Spott von der andern in eine friedensfeindliche Haltung hineintreiben wird. Wir lassen uns tändelndemal lieber sagen, daß man in unsere dargehobene Friedenshand hineingespuckt habe, als daß wir uns dem Vorwurf aussetzen, auch nur irgend etwas veräümt zu haben, was die Herbeiführung des Friedens um einen einzigen Tag hätte beschleunigen können. Und das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterkraft, werden es uns danken. Davan ändern häßliche Glossen der alldeutschen Presse, die sich sogar nicht entblöden, ihrer Freude über die Ablehnung des deutschen Friedensangebots zum Ausdruck zu bringen, das die Hoffnung vieler Millionen war, auch nichts.

Keine Verbotskontrollverfahren. Das Kriegsministerium hat angedeutet, daß von der Abhaltung der Verbotskontrollvereinsammlungen überall abzusehen ist.

pb. Wieder gefaßt. Ermittelt und festgenommen wurde ein aus der Strafanstalt Lauerhof entwichener Strafgefangener.

pb. Verhaftet wurde ein in einem hiesigen Konzertlokal beschäftigtes Dienstmädchen, welches im Verdacht steht, einer im Harkle wohnenden Dame eine Kassetten mit Geld gestohlen zu haben, nachdem es derselben Dame bereits vor einiger Zeit einen Geldbetrag gestohlen hatte.

pb. Diebischer Wächter. Festgenommen wurde der Wächter eines hiesigen Fabrikbetriebes, weil er im Verdacht steht, an Diebstählen, die in dem Betriebe ausgeführt wurden, beteiligt zu sein.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Füllorgelzögling, der aus einer Erziehungsanstalt entwichen war.

pb. Ein Schwindler. Festgenommen wurde ein erst vor kurzer Zeit aus dem Gefängnis entlassener Arbeiter, weil er sich von mehreren Personen unter dem Vorprechen, Kohlen liefern zu wollen, Geldbeträge erschwandelt hatte.

pb. Stebrieffling. Ermittelt und festgenommen wurde ein von der Staatsanwaltschaft Essen wegen Diebstahls gesuchter Arbeiter.

Vollständiges Konzert. Den ersten Teil des Abends des Konzertes am Montag bestreitet ausschließlich Handn, von dem zwei Einfonielüge, die bekannte Serenade für Streichorchester und das von Herrn Corbaud gespeilte Cellokonzert in D-dur zum Vortrag kommen. Außerdem enthält das Programm drei der raffigen slawische Tänze von Dvorak, Brahms' Akademische Festouvertüre und die 2. ungarische Rhapsodie von Liszt.

Auf den Tangabend Desmond im Haupttheater am Sonnabendabend sei nochmals hingewiesen. Sonntag nachmittag 3 Uhr findet eine Wiederholung des Kindermärchens „Das tapfere Schneeweißchen“ statt. Abends geht die hier so freundlich aufgenommene Operettenposse „Leise kommt die Lieb gegangen“ in Szene und zwar in der Hauptrolle mit Herrn Lander, der auf ein vorläufig mehrmonatliches Gastspiel verpflichtet ist.

Brech. Totatafaden. Der 16jährige Sohn des Fuhrners Hanns in Wabedorf geriet am Bahnhof unter einen ankommenden Zug und wurde auf der Stelle getötet.

Warnemünde. Nichtigstellung einer neutralen Falschmeldung. In der neutralen Presse wurden Mitteilungen verbreitet, in Warnemünde herrsche eine schwere Hunger-typhus-Epidemie. Bekanntlich wird unter Hunger-typhus Fleckfieber oder Flecktyphus verstanden. Von dieser außerordentlich fösartigen Krankheit kam in Warnemünde und Umgebung kein einziger Fall vor. Richtig ist vielmehr nur, daß im Kreise Krostoff eine Typhusepidemie herrscht, die durch Milch verbreitet wurde, ein Vorkommen, das auch im Frieden bekanntlich gelegentlich beobachtet wird. In dem im genannten Kreise gelegenen Warnemünde kamen nur ganz geringe Typhuserkrankungen vor. Die Typhusepidemie im Kreise Krostoff ist bereits im Erlöschen.

Bremen. Zur Lohnbewegung der Bremer Hafenarbeiter. Nach Verhandlungen mit den beteiligten Organisationen haben die Werften an der Unterwehr der Arbeiter folgende Zugeständnisse gemacht: Die Einstellungs- und Stundenlöhne aller männlichen volljährigen Arbeiter werden in drei Raten um je 2 Pfg. bis April 1918 um 6 Pfg. erhöht. Minderjährige und weibliche Arbeiter erhalten die Hälfte. Die Akkordpreise werden, entsprechende Arbeitsleistung vorausgesetzt, im Verhältnis zu der Erhöhung der Stundenlöhne gleichfalls erhöht, sofern sie nicht aus dem üblichen Rahmen herausfallen. Eine überaus stark behaftete Werftarbeitervereinbarung nahm noch lobhafter Ausprüche die Zugeständnisse an.

Theater und Musik.

Einen Wagner-Abend veranstaltete gestern das Hansatheater. Als Mitwirkende waren Erna Denera von der Berliner Hofoper und Oskar Holz, der sehr erfolgreich an der Stuttgarter Oper tätig war, gewonnen worden, also Künstler von Bedeutung. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob es richtig ist, Bruchstücke aus Wagners Musikdramen in Konzerten im Saal und Gesellschaftslokale vorzutragen. Die Helden und Heldinnen des „Ringes des Nibelungen“ gewinnen kraftvollstes Leben nur auf der Opernbühne, wenn die Schöpfung als Ganzes vor den Blicken der Zuschauer erzieht. Dennoch war der gestrige Wagner-Abend sehr genussreich, weil Holz und Frau Denera überzeugende Wagner-Sänger sind, die neben großen, trefflich gesungenen stimmlichen Mitteln die Fähigkeit, dramatisch zu singen, in hohem Maße besitzen. Die großen Duette „In neuen Taten“ aus der „Götterdämmerung“ und „Winterstürme weichen dem Sommermond“ aus der „Walküre“ bildeten den Höhepunkt der Darbietungen, die mit starkem Beifall aufgenommen wurden.

Im Stadttheater gelangte gestern abend zugunsten der Schwedischen Oper „Hanneles Himmelfahrt“ zur Aufführung. In seiner Mischung von Realismus und Märchenpoesie ist es noch immer von eigenartigem Reiz. Ueber die Wiedergabe soll nach einer späteren Wiederholung einiges gesagt werden. Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch Straußens fünfsätzige Dichtung „Tod und Verklärung“, die Herr Kapellmeister Wehler und das Orchester stimmungs- und klangschön zu Gehör brachte.

Dreizehn Dampfer und vier Segler mit über 40 000 Brutto-Registertonnen sind versenkt worden. Im besonderen wurden die Transporte nach Italien empfindlich getroffen. Ein U-Boot vernichtete allein vier nach italienischen Häfen bestimmte Kohlendampfer mit rund 15 000 Tonnen Kohlen. Unter den versenkten Schiffen waren die bewaffneten englischen Dampfer „Triston“, 3221 Tonnen, „Sanwon“, 3689 Tonnen, „Kiriomoor“, 3296 Tonnen, die griechischen im Dienste der Entente fahrenden Dampfer „Nicolao Rouffos“, 2421 Tonnen, und „Constantinos Embiricos“, 2611 Tonnen. Der Chef des Admiralstabes der Marine. Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Neueste Nachrichten.

Neue U-Boots-Erfolge. U. Berlin, 18. Oktober. (Amtlich.) Unermüdet Tag und Nacht tätig, haben deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote im Mittelmeer neue große Erfolge erzielt.

Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 22. bis 28. Oktober 1917 werden 250 gr Rindfleisch oder 300 gr Fleischwurst oder 250 gr angeräucherte oder 200 gr Dauerwurst, auf die Rindertarte die Hälfte, ausgegeben. Lübeck, den 18. Oktober 1917. (3206) Das Polizeiamt.

Markthalle.

Die Halle ist an den Wochentagen bis einschließlich 31. Oktober d. J. von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags für den Verkauf und außerdem von 7 bis 8 Uhr morgens für Wiederverkäufer geöffnet. Ab 1. November d. J. ist die Halle von 8 1/2 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags für den Verkauf und von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr morgens für Wiederverkäufer geöffnet. Sonntags nachmittags ist die Halle von 4 bis 6 Uhr für den Verkauf geöffnet. Lübeck, den 20. Oktober 1917. (3205) Die Betriebsbehörde. Dr. Lienau.

Eine Bekanntmachung Nr. L 1500/8. 19 KRA. betreffend Beschlagnahme, Veräußerung, Verwendung und Meldepflicht von spanischen Verbittensauszügen und fälschlichen Geldmitteln vom 19. Oktober 1917 wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht. Altona, den 19. Oktober 1917. (3196) Stellvert. Generalkommando IX. A.-R.

Bekanntmachung.

Der Versuch am Dreidelstee, an den Draußenstern und in der Trave von der Israelsdorfer Anlagebrücke abwärts soll in einzelnen Barzellen meistbietend verpachtet werden. Bedingungen und Preisverzeichnisse werden unentgeltlich im Bauamt vorgelegt, auch sind dort Zeichnungen über die Lage und Grenzen der Barzellen anzusehen. Bieten wollen ihre Sachgebare schriftlich bis spätestens am 31. Oktober, mittags 12 Uhr, an das Bauamt einreichen. Das Bauamt. (3202) Hr. Wasserbau.

Brennholz-Auktion.

Am Sonntag, d. 21. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, werde ich nahe des Flugzeugplatzes Blantzensee etwa 150 hanteln trockenes Tannenbrennholz öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Sammelplatz der Käufer um 2 Uhr auf der Chaussee Dübenerstr. - Bahnhof Blantzensee am Wegweiser Walsdorf. M. Boye, Heiseb. (3208)

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Lübeck. Dem Beifrage zum Doyerfel am 4. Oktober unter Redakteur des Buchbinder Karl Hecht. Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren. (3209) Der Vorstand.

J. H. Pein. Am Markt 12. Breite Straße 64. Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Lübeck. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, d. 20. Oktober 1917 abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1917. 2. Vortrag des Kollegen W. Harder, Berlin. 2. Verbandsvorsitzender: Das Wirken und die Aufgaben unseres Verbandes in der Kriegszeit. Zu dieser Versammlung laden wir alle in Buchbindereien, Buch-, Stein- und Lichtdruckereien sowie Kartonnagen-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ergebenst ein. Auch die Frauen unserer angezogenen Kollegen bitten wir zu erscheinen. Der Vorstand.

Am Montag, dem 15. Oktober, starb in einem hiesigen Lazarett unser Kutscher, der Unteroffizier Heinrich Dähling. Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 20. Oktober, vormittags 11 Uhr auf dem Ehrenfriedhof statt. Der Vorstand und Aufsichtsrat der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H. (3207)

Kranken- u. Sterbekasse gewerblicher Arbeiter. Außerordentliche General-Versammlung am Montag, d. 19. November 1917, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52. Tagesordnung: 1. Abänderung der §§ 8 Riffer 5 und § 11 Absatz 1, Beitrag und Unterstützungserhöhung betreffend, ebenfalls Abänderung der §§ 12 und 13 Absatz 1 der Satzung. 2. Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrats über die Erhebung eines 14. Hochendertages im Vierteljahr. Mitgliederbücher sind vorzusetzen. Der Vorstand. (3201)

Hansa-Theater. Sonnabend, den 20. Oktober, abends 7 1/4 Uhr: Einmaliger Tanzabend Olga Desmond. Vorverkauf: Musikalienhandlung Ernst Robert, Breite Straße, Holstenhaus, Zigarrenhandlung Röhrich, Holstenstraße 2, sowie an der Theaterkasse. (3199)

HANSA-THEATER. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Auf vielfachen Wunsch: Das tapferere Schneiderlein. Abends 7 Uhr: Leise kommt die Lieb' gegangen. Operettenposse von M. Kzopi. (3195)

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Lübeck. Betriebs-Versammlung sämtlicher in den Schwartauer Konigwerken und Zuckerraffinerie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am Sonntag, dem 21. Oktober abends 8 Uhr. In Lokale des Herrn W. Hilprecht (Seifhof Dänholm). Tages-Ordnung: 1. Die Gewerkschaften während und nach dem Kriege. Referent: Kollege Kadden. 2. Sonstige Verbände und Betriebsvereinigungen. Das Erscheinen aller dort Beschäftigten ist dringend erwünscht. Die Ortsverwaltung. (3210)

Stadttheater. Freitag, den 19. Oktober 1917: Die Kaiserin. Sonnabend, 20. Oktober 1917: Hanneles Himmelfahrt. Sonntag, den 21. Oktbr. 1917: Nachmittags 3 Uhr: Jeder Platz 60 Pfg. Garderobengebühr 10 Pfg.: Auf vielfachen Wunsch: Der müde Theodor. Verlosung der Plätze Freitag und Sonnabend abend von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr an der Theaterkasse. Abends 6 1/2 Uhr: Aida. Oper von G. Verdi.

Holstenhaus G. m. b. H. Holstenstraße. Lübeck. Geschäftsschluss Sonnabends jetzt 6 Uhr an den übrigen Wochentagen 5 Uhr! Wir empfehlen Schneiderinnen und sparsamen Hausfrauen unser reichsortiertes Lager in Kurzwaren und Schneiderei-Artikeln. Nähseide in allen Farben 50-m-Rolle 37 1/2 Knopflochseide schwarz und farbig . . . Rolle 26 1/2 Nähnadeln mit feinpoliertem Oer . . . 25 Stück 3 1/2 Maschinennadeln alle Systeme . . . 6 1/2 und 4 1/2 Stopfnadeln alle Größen 2 Stück 1 1/2 Stecknadeln 160 Stück aufgesteckt 8 1/2 Sicherheitsnadeln 12 Stück sortiert 10 1/2 Druckknöpfe schwarz und weiß Dtz. 10 1/2 Druckknöpfe garantiert rostfrei Dtz. 35 1/2 Wäscheknöpfe Karte 5 Dtz. sortiert 48 1/2 Perlmutter-Wäscheknöpfe. Dtz. 12 1/2 und 6 1/2 Hosenkнопfe Dtz. 9 1/2 5 1/2 und 4 1/2 Patent-Hosenkнопfe Dtz. 12 1/2 Besatz-Knöpfe, Kleider-, Kostüm- und Mantelknöpfe in großer Auswahl. Kragenstäbe Spiral Dtz. 10 1/2 Kragenstäbe Celluloid Dtz. 2 1/2 Tailienstäbe Dtz. 10 1/2 Tailenschließer Stück 12 1/2 Nahtband 6-Meter-Stück 20 1/2 Strumpfhalter elastisch gerüsch Paar 55 1/2 Knopflochband Meter 45 1/2 Breite Halbschuhbänder Paar 20 1/2 Schnürbänder 100 cm lang Paar 30 1/2 Wäschebuchstaben weiß mit rot . . . Dtz. 8 1/2 Wäschebuchstaben schwarz mit weiß . Dtz. 10 1/2 Wäsche-Medaillons Dtz. 40 1/2 Futter-Stoffe. Satins, Köper, Serge, Reversible, Jackonett, Tafett und Seidenfutter, Rosshaarleinen und Aermelfutter noch in guten haltbaren Qualitäten. 3204

Unsere Holsten-Schnitt-Muster ermöglichen ein leichtes Zuschneiden und verbürgen bei sparsamem Stoffverbrauch tadellosen Sitz der nach ihnen hergestellten Kleidungsstücke. Einheits-Preis für Kleider, Kostüme, Mäntel, Blusen, Röcke, Schürzen, Wäsche und Kinder-Garderobe Stück 25 Pfg. Konsum-Verein für Lübeck und Umgeg. Verloren ein Paket mit Mitgliedsbüchern. Der ehrliebe Finder wird gebeten, das Paket entweder in einer unserer Waren-Kogabestellen oder in unserem Komor, Hanfsstraße 160 abzugeben. (3208) Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Parteitag.

C. B. Würzburg, 17. Oktober.

Dritter Verhandlungstag.

Nachmittagsitzung.

Die Debatte wird fortgesetzt. Ebert teilt mit, daß über den Antrag Löbe namentliche Abstimmung beantragt ist. In der weiteren Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion erhält zunächst das Wort:

Schredl-Bielefeld: In der Frage der Ernüchterung von Heer und Volk hat die Regierung ihre Pflichten aufs schwerste vernachlässigt. Hier kommen wichtige Lebensinteressen des Volkes in Frage und dabei könnte die Bewilligung der Kriegskredite sehr wohl benutzt werden, um die Regierung zur Pflichterfüllung zu zwingen. Zu der traurigen Nahrungsmittelversorgung ist noch der Standal der Prämienwirtschaft gekommen. Auch wegen der Einengung der politischen und wirtschaftlichen Betätigung wächst die Erbitterung. In der Kriegsstellfrage muß die Regierung gezwungen werden, sich nicht nur eindeutig auf den Boden der Entschärfung des Reichstages vom 19. Juli zu stellen, sondern auch danach zu handeln.

ranz-Waldenburg führt lebhaft Beschwerte über die Übung des Veretnis- und Versammlungsrechtes im Kreis Würzburg. Trotz aller Versprechungen, daß es besser werden wird, sind bis in die letzte Zeit hinein Gewerkschaftsversammlungen, ja sogar eine Zusammenkunft des Gewerkschaftsverbandes und auch die Zusammenkunft von Vertrauensmännern mit Vertretern von Behörden verboten worden. (Hört, hört!) Mühselig wäre es, wenn die Fraktion für die Opfer der Striegauer Ausschreitungen eintreife. Es handelt sich hierbei um die Opfer der mangelnden Ernährungsversorgung, um Frauen und Kriegsteilnehmer, die, weil in Striegau acht Tage kein Brot vorhanden war, vor das Landratsamt gezogen sind. Die Exzesse, die hierbei vorgekommen sind, sind zu verurteilen, aber es ist niemand ernsthaft verletzt worden und die ungeheuer hohen Strafen sind jedenfalls nicht gerechtfertigt. Ein Begnadigungsgesuch ist von dem Staatsanwalt, der die Anklage erhoben hatte, nicht befürwortet worden. Bei einer späteren Justizreform müßte verhindert werden, daß der Ankläger gleichzeitig über die Begnadigungsfrage zu entscheiden hat.

Sollmann-Köln: Die Kölnner eruchen alle Instanzen, sich mehr mit der Lage der Staats- und Gemeindeangestellten zu beschäftigen. Tatsächlich haben wir viele Wähler aus den Reihen der Privatangestellten gewonnen. Staats- und Gemeindebeamte hatten bisher keine Möglichkeit, sich der Partei anzuschließen. — Jetzt ist aber Dr. August Müller Unterstaatssekretär geworden. Wenn er auch so weit rechts steht, daß er von links kaum mehr mit bloßem Auge erkannt werden könnte, so ist er doch eingeschrieben Parteimitglied und was dem Herrn Unterstaatssekretär recht ist, muß dem Schuhmann Müller und dem Nachtwächter Meier billig sein. Die Beamtenschaft wird nach dem Kriege stark radikalisiert werden und stark wachsen. Sie war bisher politisch sehr ungeduldig und wird es vielleicht auch bleiben, aber jedenfalls müssen wir uns ihrer Interessen mit vollem Nachdruck annehmen. (Beifall.) Den Genossen Hoch und Enmel danken wir, daß sie in der Partei geblieben sind und ihre Meinungsverschiedenheit kameradschaftlich mit uns austragen. Aber die Annahme ihrer Resolution würde zu einer politischen und moralischen Katastrophe für uns werden. Wenn die Unabhängigen ein historisches Verdienst haben, so ist es das, daß eine solche Bewegung im Ausland nicht das gewünschte Echo findet. (Sehr wahr!) Die Gedankengänge Winzingers sind recht logisch, aber sie eilen der Zeit voraus. Die bürgerlichen Parteien sind garnicht zur Zusammenarbeit bereit. So hat z. B. das Kölner Zentrum es rundweg abgelehnt, mit uns gemeinsam eine Demonstration vorzunehmen für die Resolution des 19. Juli abzuhalten. (Hört, hört!) Die Zentrumsarbeiter und auch die Massen der Zentrumsanhänger sind freilich nicht etwa mit der „Kölnischen Volkszeitung“ einverstanden. Sie lehnen nach einer starken Bewegung gegen die Vaterlandspartei bis in die kleinsten Dörfer hinein. Entfesseln wir eine starke Volksbewegung für eine Politik des Friedens und der Partei. (Beifall.)

Brandes-Magdeburg: Eine solche Bewegung ist leider nicht möglich, weil wir keine Redefreiheit haben. Wir wird jetzt wieder die Opposition behandelt. Das kennzeichnet so recht die Neuorientierung. Da ist es höchste Zeit, daß wir unsere politische Stellung revidieren. Man hat die Kreditbewilligung unmittelbar aus der Pflicht der Landesverteidigung hergeleitet. Da-

mit hat man Verleumdungen vor sich geleistet, mit denen in der früheren Zeit die ganze Partei als vaterlandslos hingestellt wurde. Heute ist glücklicherweise die Fraktion nicht mehr geneigt, bedingungslos Kredite zu bewilligen, sondern sie will dieses wichtigste Druckmittel gebührend ausnutzen, um Fortschritte für das Volk zu erzielen. Auf diesem Wege muß sich die Fraktion weiter entwickeln. Was den Antrag Winzig angeht, so sind wir nie ängstlich darin gewesen, zu bestimmten Zwecken mit anderen Parteien zusammenzugehen, aber wir können deswegen unsere Selbstständigkeit nicht aufgeben. Wir müssen festhalten an unseren alten Grundsätzen: Klassenkampf und Internationalität. (Lebhafter Beifall.)

Weißmann-Freiburg i. Br.: Wir im kombengelegenen Freiburg danken der Fraktion für die Bewilligung der Kriegskredite. Uns hängt vor jeder hellen Nacht und jedem schönen Wetter. Dann kommen die feindlichen Flieger über uns und die deutschen Kanonen sind dann unser einziger Schutz. Die reichen Leute sind schon alle von Freiburg weggezogen. (Hört, hört!) Die Arbeiter können nicht wegwandern. Helfen Sie deshalb weiter den Kriegsengländern. — für sie ist der Krieg gewiß ein netter Verteidigungskrieg. (Beifall.)

Saushild-Kassel: Wir haben niemals bedingungslos Kriegskredite bewilligt, sondern stets nur für die Verteidigung und ein Verteidigungskrieg ist es. Hoch hat sehr richtig gesagt, daß wir zur Bewilligung von Kriegskrediten verpflichtet sind, wenn dem Lande die Gefahr droht, vom Feinde erdrückt zu werden. War diese Gefahr jemals größer als jetzt? Da verlangt das Lebensinteresse der deutschen Arbeiter unsere Kreditbewilligung. Es ist vollkommen falsch, daß wir den Klassenkampf abgeschlossen hätten. Die Katastrophopolitik haben wir endgültig abgelehnt und uns zur organischen Arbeit bekannt. Für sie bedürfen wir rückwärtsloser Durchführung der preussischen Wahlreform und Beherrschung des Staates durch die Volksvertretung. Gerade die Aera Michaelis hat diese letzte Forderung außerordentlich populär gemacht. Wir dürfen auch vor der Teilnahme an der Regierung nicht zurückerschrecken. Was Winzig gelagt hat, sind eigentlich nur noch Selbstverleumdungen. Unsere praktische Arbeit für die Demokratisierung findet Anfang und Beifall bis in die Reihen der Unabhängigen hinein. Ihre Fortsetzung durch die Fraktion ist ausgezeichnete Werbearbeit. (Lebhafter Beifall.)

Stolten-Hamburg: Brandes will, daß wir die Kreditbewilligung nur noch als Pressionsmittel benutzen, aber die Pressionspolitik muß aufhören, sobald dadurch die Allgemeinheit gefährdet wird. Es scheint mir auch zweifelhaft, ob man der deutschen Regierung Hinterhältigkeit vorwerfen kann. Wenn Behmann und Michaelis schon vor Wochen alles das erklärt hätten, was wir ihnen vorgeschlagen, wären wir wahrscheinlich dem Frieden auch noch nicht einen Schritt näher. Unterschätzen Sie doch die Schwierigkeiten der Friedensarbeit der deutschen Regierung nicht. So wenig wir am Schicksal von Stockholm schuld sind, so wenig ist Deutschland für die Verlängerung des Krieges verantwortlich. Die Entente will eben noch immer den Frieden nicht. (Sehr wahr!) Im übrigen bewilligen wir die Kredite nicht der Regierung, sondern der Nation. Lenk hat den 4. August einen Bruch mit unserer früheren Haltung genannt. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Aber wir standen auch vor einer ganz neuen Situation. Im Frieden waren wir immer die strengen Kritiker gegen unser Land, unsere politischen Einrichtungen und unsere eigene Partei. Wenn nach diesem Kriege die sozialdemokratischen Parteien der anderen Staaten gegen sich auch nur annähernd so streng sind, wie wir stets gegen uns waren, wird die Internationalität gesunder als früher sein. Hoch meinte, daß schon immer die Fraktion das Möglichste durchgesetzt hätte, dabei überflüssig er das Wesentliche. Wenn die bürgerlichen Parteien uns Zugeständnisse machen, dann verlangen sie dafür auch, daß wir nachher das ganze Gesetz annehmen und die Verantwortung übernehmen. Wir müssen also aus der Selbstisolierung heraus. Kompromisspolitik oder Demonstrationspolitik, eine dritte Möglichkeit gibt es nicht, und wir müssen uns für die praktische Politik entscheiden.

Schmidt-Meißen: Daß Deutschland gerade in diesem Augenblick stärker bedroht sei, als je erzählt uns David vor jeder Kreditbewilligung. Aber wie wollen Sie dann den französischen Genossen Vorwürfe machen, daß sie die Kriegskredite annehmen, da ihr Land doch nicht stärker bedroht ist? (Zurufe: Wer macht ihnen denn deshalb Vorwürfe?) Behmann hat sich zwar nicht den Unbehüteten ergeben, aber es immer mit keiner Partei verderben wollen. Ausdrücklich hat er gesagt, daß der Stand-

punkt der bloßen Verteidigung für ihn nicht mehr besteht. Auch Michaelis wollte die Politik der Zweideutigkeit fortführen. Was will nun David tun, wenn die Regierung noch immer keine Klarheit schafft? Will er dann auch dem „Volke“, das nichts zu sagen hat, die Kredite bewilligen, will er sie auch bewilligen, wenn die Regierung ein neues Sozialistengesetz schafft? (Geflüster und Widerspruch.) Wir müssen mit der schärfsten Waffe Klarheit schaffen, eben mit der Drohung der Kreditverweigerung. Die Bloßpolitik erzeugt nur Illusionen. Es gibt keine wahrhaft demokratische bürgerliche Partei. (Lebhafter Beifall.)

Schöll-Breslau: Unsere Arbeit für die Feldgrauen kann garnicht intensiv genug sein. Unser besonderes Bureau wird eine Fundgrube von Material für Heeresreform auch nach dem Kriege sein. In der letzten Session hat die Fraktion eine ganze Reihe von Anträgen zu Gunsten der Soldaten eingebracht. Aber was sagt die Regierung dazu? Kommt endlich die Erhöhung der Löhne und die Erhöhung der Besoldungen? Kommt endlich die Besserung der Verhältnisse in Schlesien. Keine Kreditbewilligung, wenn das in Schlesien nicht anders wird. Sonst sind wir mit der Tätigkeit der Fraktion einverstanden. (Beifall.)

Abg. Stücklen: In der Arbeit für unsere Feldgrauen sind wir stets einmütig gewesen. Wir haben die Pflicht, für unsere Feldgrauen und ihre Familien zu arbeiten, stets als Ehrenpflicht empfunden, bei ihnen darf nicht gelpart werden. Unsere letzten Entwürfe sollen Millarden Mark erfordern, auch diese Summe müßte aufgebracht werden. Wir haben vor dem Kriege den Militarismus leidenschaftlich bekämpft. Mit dem Krieg traten zunächst andere Fragen in den Vordergrund. Aber für die Bekämpfung der langen Dienstzeit haben uns die Kriegserfahrungen mit der raschen Ausbildung selbst älterer Leute zur Kriegstauglichkeit das beste Material gebracht. Wir werden nicht ruhen bis wir die stehende Heere in demokratische Volkshere umgewandelt haben. (Beifall.) Seit Kriegsbeginn haben wir so fort und als einzige Partei Anträge zugunsten der Feldgrauen gestellt. Die anderen Parteien sind uns allmählich gefolgt und im letzten Tagungsabschnitt sind schließlich alle unsere Anträge einstimmig angenommen worden und die Regierung wird einen großen Teil davon verwirklichen müssen. Nun ist gelegentlich getadel worden, daß wir nicht noch schärfer vorgegangen sind, namentlich im Plenum des Reichstages. Insbesondere sollte das im Kampf gegen die Mishaandlungen geschehen sein. Wie liegt das tatsächlich? Wir hatten in der Kommission eine Erklärung des Kriegsministers herbeigeführt, die in dieser Form und Schärfe unmöglich wiederholt werden konnte, deshalb verzichteten wir auf die öffentliche Aussprache und warteten zunächst einmal ab. Und tatsächlich ist die Besserung auf diesem Gebiete danach eingetreten. Auch sonst haben wir in der öffentlichen Kritik mehr darauf Rücksicht nehmen müssen, dem Feinde kein Material zu liefern. In der Kommission aber haben wir kein Blatt vor den Mund genommen. Wäre es der Fall gewesen, dann hätten die Unabhängigen uns das gewiß schon längst vorgeworfen. (Lebhafter Beifall.) Was haben wir nun durchgesetzt? Wir haben hingewiesen auf die enormen Gehälter in der Kriegsbesoldungsordnung und die jämmerlichen Löhne der Soldaten. (Sehr wahr!) Von diesem Standpunkt aus setzten wir die Erhöhung der Krankentilgung durch. Jetzt endlich ist auch die allgemeine Erhöhung des Soldes der länger dienenden Soldaten durchgesetzt und der Reichskriegssekretär wird sich damit beschäftigen müssen. Wir haben an der Verpflegung der Soldaten unermüdlich Kritik geübt. Am besten wäre es natürlich, wenn alle draußen aus einem Topfe essen müßten. (Lebhafter Zuruf: Auch drinnen!) Aber einiges in dieser Richtung ist doch erreicht worden. Wir haben das Recht der Soldaten auf Urlaub erkämpft, gegen den Widerstand der Regierung. Wir haben die freie Eigenbewirtschaft der Soldaten nach der Heimat herbeigeführt und ihnen für die Urlaubszeit erhöhtes Verpflegungsgeld erwirkt. Unteroffiziere, Feldwebeln, Offiziere und Beamtstellvertretern, allen denen, die kolossal viel leisteten, aber ungenügend bezahlt wurden, sind wir beigegeben. In die Kantinenverhältnisse haben wir Ordnung gebracht. Die letzten Söhne und die Väter kinderreicher Familien sind nach unseren Wünschen aus der Front zurückgezogen worden. Vater und Sohn sollen nicht mehr zusammen an der Front stehen. Die Verlesung der Jahrgänge 1868 bis 1870 in ihre Heimatgarnisonen ist gesehrt. Ein besonderes Bureau gibt Auskunft und bearbeitet das ganze Material für die Fraktion. Kommen die Feldgrauen zurück, dann können wir ihnen sagen, daß die Sozialdemokratie unablässig für ihre Familien eingetreten ist und daß sie sich uns anschließen sollen, zum Kampfe für das gemeinsame Ziel. (Beifall.)

Fiat justitia!

Von Th. Mügge.

4. Fortsetzung.

Mit diesen Worten wandte sich der König zu dem Major und fuhr lachend fort: Nehmt ihn mit, Neuendorf, da er Euch kennt, und laßt ihn draußen laufen. Bei uns bleibt's dabei, was ich gesagt habe. Glüd auf die Reise, Herr Pastor. Was er, daß er zu den Eiern kommt, die ihn für einen Sozinianer gehalten haben.

Der Pastor ließ sich das nicht zweimal sagen, er richtete seinen Rücken aus der wogerechten Lage auf, in welcher er sich befand und suchte so schnell als möglich die Tür, der Major folgte ihm nach, und hinter beiden erhob sich die harte Stimme des Königs, unterbrochen von seinem rauhen Gelächter.

Auf den Minister von Ratsch herein, wenn er da ist, befahl er dem Leibjäger, und der Major bemerkte den Generalauditeur im Zimmer der Käte, wo er an dem großen Tische lag und in einem Aktentisch blätterte, der vor ihm lag. Als er vorüberging, begegnete ihm ein Blick des Ministers, der kalt und finstler auch über den Pastor hinwegstreifte; gleich darauf hatte er die Papiere geordnet und ging zu dem Könige hin.

Guten Morgen! rief ihm der König entgegen. Wie geht Ihr aus, Herr von Ratsch? Ist Euch was begegnet, was Euch ge- ärgert hat?

Ich müßte nichts, Majestät, erwiderte der hohe Beamte, indem er sich verbeugte.

Nicht? fuhr der König lachend fort. Es ist mir lieb, daß Ihr's dem Major von Neuendorf nicht übel genommen habt, daß er Euch den Vortritt verweigerte. Der Minister jutete leicht mit den Schultern, ohne eine Antwort zu geben. Er war in seinem Recht, sagte der König, denn es war meine Order so, die hat jeder zu respektieren.

Herr von Ratsch breitzte seine Papiere auf dem Tische aus und antwortete dabei: Wenn Ew. Majestät Orders nur in allen Dingen von dem Herrn Major pünktlich respektiert werden.

Wie so? fragte der König, dessen Mißtrauen sogleich erzoget wurde. Was mißt Ihr von ihm?

Ich kenne den Herrn nicht näher, erwiderte Herr von Ratsch, habe nur gehört, daß er nicht eben in besonderem Ansehen bei manchen hoch über ihn gestellten Männern steht. Der General von Vershau hat mir gesagt, es sei einer von den neumodischen Kapazitäten, die sich einbilden, alles besser wissen zu wollen und sich unterheben, vieles zu tadeln.

Was tadeln er denn? fragte der König.

Wie der General mir sagte, hat er neulich sich ungehörlich darüber ausgelesen, daß Ew. Majestät befahlen haben, alle Soldaten zu verabschieden, welche das Maß nicht haben, auch hat er über die Retrunkenbeschaffung und Verbelegungsgeld geschimpft. Et was, lachte der König, das tut er nicht allein, das tun die meisten. Ihr müßt bedenken, Ratsch, daß die Majors und Ober-

iten die Rekruten aus ihrem Beutel bezahlen müssen, und wegen der Entlassung der alten Soldaten, die in den Kriegen trotz dessen, daß sie das Maß nicht hatten, tapfer kochten, hat sogar Seine Liebden der Fürst Leopold von Dessau auf mich geschimpft. Aber was mißt Ihr noch von ihm?

Nichts, jagte der Minister. Daß er den Pastor Baumgarten eben Arm in Arm führte, spricht aber schwerlich für sein Renommee. Wie meint Ihr das? fiel der König ein, indem er ein Lachen hören ließ.

Dieser Mensch, dieser Baumgarten, ist in Halle ein Geisel für alle frommen und rechtschaffenen Leute.

Karrenspeßen! schrie der König, ich habe ihn kommen lassen, um den Burchen zu sehen, der die ärsifflige Kirche umflützen will. General Ragner hat mir davon geschrieben, und der Teufel hätte ihn holen sollen; aber es ist ja ein Antehoch, ein Knirps, ein Kerl, dem beim dritten Wort die Zunge an zu pfeifen fängt.

Majestät, erwiderte der Minister, das Gelächter des Königs unterbrechend, man braucht keinen langen Atem und keine langen Beine zu haben, um Böses anzuküßten. Dieser Baumgarten hat einen Anhang von wackeligen Menschen, die so würdigen Professoren und Dienern Gottes, wie Joachim Lange, Franke und Breithaupt mit größtem Wohlgefallen Vergemis bereiten. Er hat wie ich gewiß weiß, gegen die Erbsünde und gegen die Dreieinigkeit gepredigt.

Der Spitzbube! schrie der König, seinen Kopf schüttelnd, wenn ich ihn hier hätte, wollte ich ihm beweisen, was Erbsünde ist. Aber beruhigt Euch, Ratsch, es hat nichts auf sich. So ein Kerl, der kaum fünf Fuß mißt, wird die Welt wahrhaftig nicht umkehren. Er wird doch zuletzt nur ausgelacht, aber wenn er nicht aufhört, soll er kurren. Habe ich bei Karrenspitze verboten, daß keiner meiner Untertanen Walfs Schriften lesen soll, so werde ich mit diesem Knirps noch weniger Umstände machen.

Der König wußte nicht, daß trotz seiner strengen Verbote von Walfs Schriften, diese um so eifriger gelesen wurden, allein der Minister wußte es, natürlich aber war er zu klug, dem Monarchen, der sich einbildete, er könne alles, was er wollte, zu sagen, daß er gar keine Macht über die Geister habe. Er sagte dagegen: Ew. Majestät haben ganz recht. Dieser Baumgarten ist an sich ein Tropf, allein um so schmerzlicher ist es, wenn Männer, wie der Major von Neuendorf, sich an ihn machen, ihm beistehen, wohl gar seinen Freisinn selbst anhängen.

Wißt Ihr das gewiß? fragte der König drohend.

Das weiß ich zwar nicht gewiß, jedenfalls aber ist der Herr Major in vertrauter Freundschaft mit ihm.

Der Knirps hat mir selbst gesagt, daß Neuendorf ihn oft gehört hat, und er hat Zeugnis für den Knirps abgegeben.

Dann ist um so weniger Zweifel vorhanden, daß der eine ebenso denkt wie der andere, sagte Herr von Ratsch, den Kopf schüttelnd.

Der König dachte einen Augenblick nach und sagte sich dabei noch mehr auf. Von allen Sünden und Lasten die er hatte, war ihm die sogenannte Freundschaft des übermüchtigten und Fran-

barth. Er glaubte mit größter Gänbigkeit alles, was ihm seine Priester als wahr darstellten, und was er für wahr hielt, das sollten und mußten alle seine Untertanen ebenfalls für wahr und gewiß annehmen, oder er brachte ihnen in seiner Weise die Wahrheit bei. Irrelehrer und Verfäher wurden schonungslos verfolgt, und der Gedanke, daß selbst einer seiner Offiziere ein Gottesläugner sein könnte, brachte ihn gewaltig auf.

Wenn ich das wüßte, jagte er, rauh auf den Boden stampfend, ich ließe ihm vom Henker die Uniform vom Leibe reißen. — Eine halbe Stunde vorher hatte er es dem Major ründ abgefragt, diesen Kerl freiwillig auszuweisen zu dürfen, jetzt in seiner Wut wollte er ihn entehren. Zugleich fiel ihm etwas anderes ein und in diesem Augenblick verstärkte es seinen Unwillen gegen den Herrn von Neuendorf.

Ich will schon hinter seine Schläge kommen, sagte er, denn richtig ist es nicht mit ihm. Er hat recht, mein lieber Ratsch, von einem Menschen ohne Gottesfürcht, der mit solchem Knirps vertraulich tun kann, hat man sich nichts Gutes zu versprechen.

Der Generalauditeur mit Mißfängerang war zu lange schon der Vertraute seines Herrn, um nicht zu wissen, was in dessen Seele vorging. Er hatte in den jahwreiligen Tagen während der mannigfaltigen Staats- und Hofintrigen und in Zeiten, wo die ersten Männer gekürzt, verbannt oder gefangen gesetzt wurden, sich oben erhalten; ihm schien es daher nicht eben schwer, an diesem ammaßenden Offizier, der ihn beleidigt hatte, schnelle Rache zu nehmen. Er sah auf der Stelle, daß der König mit dem Major unzufrieden war, daß er ihm schlimme Dinge zutraute, und daß es etwas geben mußte, was der gebieterrische Herr gern erfahren hätte.

Man muß dem Major auf die Finger sehen und ihn beob- achten lassen, sagte er.

Der König warf ihm einen grimmigen Blick zu. Befehlen tut er mich nicht, erwiderte er, dazu ist er zu stolz. Zum Auf- passen habe ich meinen Generalistat und die Fiskale.

Solchen Verdacht hegte der König also nicht, und allerdings waren die Fiskale und ihr Oberhaupt dafür da, allen Unterschleifen und Unordnungen auf die Spur zu kommen. Sie bildeten in manchen Beziehungen die damalige geheime Polizei, mußten alles ansetzen, was sie auswittern konnten, und je eifriger sie anlagten, um so mehr hielt der König von ihnen. Wer sich täulich im Denargieren zeigte, wurde abgesetzt, die Fiskale waren daher fürchterliche und verabscheute Männer und es gab mancher, welcher ihnen, welche ihren Ruf nur zu sehr rechtfertigten. Inzwischen war diese Polizei doch mehr gegen Sachen als gegen Personen gerichtet; sie ironisierte nicht auf Meinungen und bürgerliche Verhältnisse, sondern auf die Rechtschaffenheit und Tätigkeit der Beamten und Behörden, der Minister sagte daher aus guter Ueberzeugung: Die Generalistatistal und allerdings gute Wächter gegen Krügler und Diebe; wo es aber darauf ankommt, die geheimen Kritze und Ränke eines schlaichen Menschen zu enttücken, der vielleicht Ew. Majestät belügt und bers allermüchtigste Gebote demachtet, magen sie nichts. (Fortsetzung folgt.)

